

Autorenkollektiv: Katholische Christen und katholische Kirche  
in den politischen und geistigen Kämpfen unserer Zeit – 1

Wissenschaftlicher Atheismus  
Forschungsbericht 45

Katholische Christen und katholische Kirche in den politischen und geistigen Kämpfen unserer Zeit

Rostock 1988

[2]

Ingenieurhochschule für Seefahrt Warnemünde/Wustrow

Institut für Marxismus-Leninismus: Wissenschaftlicher Atheismus 45: Katholische Christen und katholische Kirche in den politischen und geistigen Kämpfen unserer Zeit, Dieter Becker, Wolfgang Kaul, Olof Klohr und Petra Zeugner, Rostock 1988, 65 Seiten

Wissenschaftliche Leitung: Prof. Dr. habil. Olof Klohr

Redaktion: Dr. Wolfgang Kaul

Satzspiegel: Doris Baumann

[3]

## **Inhaltsverzeichnis**

Vorbemerkungen.....	3
Der Vatikan, die Katholiken und der Dialog zwischen Marxisten und katholischen Christen	
Olof Klohr (Rostock) .....	4
1. Grundsätze des Dialogs.....	4
2. Der Vatikan und seine Haltung zum Dialog .....	7
3. Der Dialog zwischen Katholiken und Marxisten.....	11
Katholische Kirche im Sozialismus (Thesen)	
Dieter Becker (Rostock) .....	18
Aufbau und Gestaltung des Sozialismus in einem Gebiet mit mehrheitlich katholischer Bevölkerung (Eichsfeld)	
Petra Zeugner (Rostock) .....	22
Christen als Leiter in Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur	
Wolfgang Kaul (Rostock) .....	28

## Vorbemerkungen

Wir möchten die vorliegende Broschüre als Beitrag zum IV. Internationalen Güstrower Symposium 1988 „Über Christen und Kirchen in den politischen und geistigen Kämpfen unserer Zeit“ verstanden wissen. Im Unterschied zu unseren Diskussionsbeiträgen auf dem Symposium selbst legen wir andere bzw. erweiterte Fassungen vor.

Entsprechend dem Profil unseres Forschungskollektivs orientieren die Aufsätze hauptsächlich auf die Rolle des Katholizismus und der Katholiken in der DD (Becker, Zeugner). Darüber hinaus ist ein Bericht über den Dialog von Marxisten und katholischen Christen enthalten (Klohr) und wird versucht, die oft gestellte Frage nach der Mitarbeit von Christen in leitenden Positionen in Politik, Wirtschaft, Sozialwesen usw. zu beantworten (Kaul). Zugleich möchten wir darauf aufmerksam machen, daß Ende 1988, Anfang 1989 noch folgende Forschungsberichte erscheinen werden:

U. Lucas: Rolle von religiösen Festen und Feiern

R. Billinger: Kirche und Kunst

– Bibliografie mit Annotation zu marxistischer Literatur über die Zusammenarbeit von Marxisten und Christen

W. Pałubicki: Katholische Kirche in der VR Polen

P. Zeugner: Mitarbeit von katholischen Christen in der sozialistischen Gesellschaft.

O. Klohr

[5]

## **Der Vatikan, die Katholiken und der Dialog zwischen Marxisten und katholischen Christen**

### **Olof Klohr (Rostock)**

#### **1. Grundsätze des Dialogs**

„Dialog“ ist im zunehmendem Maße weltweit zu einem konstruktivem Prinzip in der Politik geworden, mit dessen Hilfe an Gegensätzen, Mißtrauen, unterschiedliche Auffassungen herangegangen wird: „Miteinander sprechen“, nach „gemeinsamen Standpunkten und Lösungen zu suchen“, so charakterisierte E. Honecker im Juni 1988 in Potsdam den Grundsatz der „Politik des Dialogs“ der DDR (s. ND vom 13.6.1988, S. 2).

Das Dokument „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ (ND vom 28.8.1987) geht davon aus, daß die entgegengesetzten Systeme Sozialismus und Kapitalismus „ihren grundlegenden sozialökonomischen, politischen und ideologischen Gegensätze zum Trotz“ lernen, „miteinander zu leben und gut miteinander auszukommen“. Zu diesem Zweck wird u. a. „die Fähigkeit zum Dialog, zur Vertrauensbildung, zum Konsens, zum Abbau von Mißtrauen und Bedrohungsängsten sowie zur Partnerschaft bei gemeinsamen Aufgaben“ als erforderlich betrachtet.

Es heißt weiter in diesem Dokument: „Der Dialog zwischen allen gesellschaftlichen Organisationen, Institutionen, Kräften und Personen auf beiden Seiten gewinnt wachsende Bedeutung für die Friedensicherung und den Wettbewerb der Systeme“. Zu diesen Kräften gehören auch Gruppierungen, deren Spezifik auf weltanschaulichem Gebiet liegt: Anhänger verschiedener Religionen einerseits und Marxisten andererseits. Diese Besonderheit prägt den Dialog von Marxisten und Gläubigen, auch wenn ansonsten ähnliche Prinzipien und Verfahrensweisen vorhanden sind, wie im rein politischen Dialog.

Da sich in den siebziger und achtziger Jahren im internationalen Maßstab ausbreitende Zusammenarbeit von Kommunisten (Marxisten) und Gläubigen im Kampf um Frieden und Abrüstung [6] und für soziale Gerechtigkeit hat die Frage nach den geistigen, d. h. politischen, moralischen und weltanschaulichen Voraussetzungen dieses Zusammenwirkens immer wieder aufgeworfen.<sup>1</sup>

Denn es besteht kein Zweifel darüber, daß Zusammenarbeit nur auf der Basis vorhergehender (und auch gleichzeitiger) Verständigung über Inhalte und Ziele gemeinsamen Handelns möglich ist. Diese Seite der Gemeinsamkeit, nämlich *der Prozeß der Diskussion und der Verständigung kann als Dialog bezeichnet werden*. H. Lutter spricht von „partnerschaftlicher Kommunikation zur Verständigung über gemeinsame Standpunkte.“<sup>2</sup> Dialog ist somit nicht Selbstzweck, sondern *Mittel* der Verständigung.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Siehe dazu H. Lutter, O. Klohr: Aktuelle Probleme der Zusammenarbeit von Kommunisten und Gläubigen. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie Heft 10/1985.

<sup>2</sup> Zur Definition des Dialogs s. H. Lutter: 80 Jahre W. I. Lenins Sozialismus und Religion. In: Forschungsberichte und Beiträge, Heft 46/1985, S. 7-11 (Exkurs) s. auch FB Nr. 41, Warnemünde 1987, S. 16-21.

<sup>3</sup> Siehe auch B. Stoppe, Theoretische Anmerkungen zum Dialog zwischen Marxisten und Christen in unserer Zeit. In: Wiss. Zeitschrift der KMU, Heft 2/1988.

B. Kraye/P. Winzeler, Marxisten und Christen auf dem Weg zur Kooperation. In: Neue Stimme, Köln, Heft 6-7/1968.

Die nachfolgenden Ausführungen sind eine Fortsetzung der Studien zur Zusammenarbeit und zum Dialog, die 1984 anlässlich des III. Internationalen Güstrower Symposiums vorgelegt wurden. In: Wissenschaftlicher Atheismus, Heft 30/1984 (Warnemünde), sowie des Referates auf dieser Konferenz unter dem Titel „Was könnte und sollte der Dialog zwischen Marxisten und Gläubigen leisten?“ In: Forschungsberichte und Beiträge, Sonderheft 1984, S. 306-309.

Ausgehend vom Studium der gesellschaftlichen Realität, ihrer Entwicklungstendenzen und ihrer zu lösenden Probleme sind die Debatte, die Diskussion, der Meinungs-austausch zwischen Menschen und Menschengruppen, zwischen Personen oder Organisationen stets unverzichtbar.

Das Wort „Dialog“ wird allerdings im Zusammenhang mit der Religion in unterschiedlicher Bedeutung verwendet, wie z. B. für das Gespräch zwischen den Konfessionen bzw. Religionen, stark gefördert durch das II. Vatikanische Konzil und den Ökumenischen Rat der Kirchen (ökumenischer Dialog), das Gespräch zwischen Christentum und Judentum oder zwischen den Weltreligionen. Für den Dialog von Marxisten und Christen wären folgende spezifische Fragen zu beantworten:

- *Worüber*, d. h. über welche Inhalte und Ziele, sollte der Dialog zwischen Marxisten und katholischen Christen geführt werden?
- *Wer* konnte und sollte im Dialog Partner sein?
- *Wie*, d. h. mit welchen Mitteln und Methoden gelangt der Dialog zum Erfolg?

Das Gespräch zwischen Marxisten und Katholiken kann, um mit einer Abgrenzung zu beginnen, kein Streit um die Wahrheit von Marxismus oder Religion sein, wenn das Ziel im Finden von Gemeinsamkeiten bestehen soll. Daher sind auch die Ter-[7]mini „Dialog zwischen Marxismus und Christentum“ oder „christlich-marxistischer Dialog“ nicht angebracht. Denn es ist allen bekannt, daß es zwischen der dialektisch-materialistischen Auffassung von der Welt und dem Glauben an Gott keine Synthese, keine Kompromißformeln, keine Einigung geben kann. Es geht also nicht um die Überprüfung der „letzten“ Wahrheiten der beiden weltanschaulichen Systeme. Eine erste Voraussetzung eines sinnvollen Dialogs ist daher, vom Streit über derartige Probleme, über „letzte Fragen“ bewußt abzusehen und zu erklären, *warum* das Trennende hinter das Verbindende zurückgestellt wird. Andernfalls ist der Mißerfolg bereits programmiert. Allerdings lassen sich auch weltanschaulich-philosophische Problemstellungen nicht umgehen, denn die Berührung solcher Themen ist nur zu natürlich; aber sie dürfen nicht die eigentlich angestrebten Ziele der Gemeinsamkeit in den Hintergrund drängen. Es gehört also zur Spezifik des Dialogs zwischen Marxisten und Christen, daß sich weltanschauliche Probleme nicht ausklammern lassen. Dabei ist gegenseitige oder einseitige „Missionierung“ selbstverständlich ebensowenig eine Basis für den Dialog wie unverbindliche Monologe, die nebeneinander herlaufen ohne ein Ziel der Verständigung zu verfolgen.

Es kann im Dialog also nur um ein Gespräch von Menschen, d. h. von Marxisten und Gläubigen gehen, das sich auf „weltliche“ Gegenstände bezieht. Dabei stehen die Lebensfragen der Menschheit unbedingt im Vordergrund. Die kommunistischen und Arbeiterparteien definierten auf ihrer Beratung 1969 Grundlegendes über die Zusammenarbeit von Kommunisten und breiten demokratischen Massen von Katholiken und Anhängern anderer Religionen und stellten fest, daß ihr Dialog große Aktualität erlangt habe.<sup>4</sup> Heute steht im Rahmen des weltweiten Kampfes um den Frieden der Dialog über die Gefahren eines atomaren Krieges, der Kampf um Entspannung und Abrüstung im Mittelpunkt. Zugleich gibt es breite Diskussionen über Kapitalismus und Sozialismus, insbesondere in Lateinamerika (im Zusammenhang mit der Theologie der Befrei-[8]ung), aber auch über soziale Gerechtigkeit in den internationalen Beziehungen. In den sozialistischen Ländern ist die Standortfindung von Gläubigen und Kirchen in der sozialistischen Gesellschaft ein vieldiskutiertes Thema. Neben gemeinsamen politischen Einsichten können „auch übereinstimmende ethische Auffassungen eine wichtige geistige Grundlage für die Zusammenarbeit“ bilden.<sup>5</sup> Frieden, soziale Gerechtigkeit, Ausbeu-

<sup>4</sup> Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969, S. 34.

<sup>5</sup> Wolfgang Kliem: Kommunisten und Christen gemeinsam im Kampf um den Frieden, in: DZPh 8/9, 1984, S. 773.

tung, Unterdrückung sind eben nicht nur politische Begriffe oder sozial-ökonomische Tatbestände, sondern auch moralische Fragen und Wertvorstellungen. So gibt es z. B. eine lange Tradition christlicher Friedensethik. Die Theologie der Befreiung hat in starkem Maße ethische Argumentationen im Kampf gegen Armut, Ungerechtigkeit und Unterdrückung entwickelt. In diesem Bereich der theologischen Ethik, z. B. auch der Arbeitsethik, kann es wesentliche Berührungspunkte zu marxistischen Auffassungen geben. Als Kriterien nennt Kliem „humanistische Wertvorstellungen“ der kirchlichen oder theologischen Ethik.<sup>6</sup> Karl Rahner, prominenter katholischer Theologe, sprach in seiner letzten Rede (1984 in Budapest) von einer „Gesamtheit von gemeinsamen Grundsätzen, die man als realen Humanismus bezeichnen kann“ und die „vor unseren letzten Differenzen weltanschaulicher Art, die uns trennen“, liegen. Der Dialog kann und soll also auch alle wichtigen Fragen des Humanismus umfassen, um die Entwicklung gemeinsamer oder ähnlicher ethischer Motivationen im gemeinsamen politischen Handeln zu fördern, ohne die Unterschiede zwischen christlich und marxistisch begründetem Humanismus zu verwischen. Die Tatsache, daß Marxisten und Katholiken ihre humanistischen Ideen theoretisch *letztlich* unterschiedlich (ja gegensätzlich) herleiten, darf aber kein Hindernis bei der Verständigung über realen Humanismus und entsprechendes Handeln sein. Dialog ist ein *Mittel* (eine Methode) der Verständigung über mögliche Inhalte und Ziele *gemeinsamen* Handelns. Der Dialog hat also letztlich das Ziel konkreten Handelns, aber er durchläuft Stadien, in denen dieses Handeln vorbereitet wird, die wie folgt charakterisiert werden könnten: [9]

1. Herstellung von Kontakten (auch persönliches Kennenlernen)

Erzeugung von Bereitschaft zur Verständigung, von Vertrauen

Klärung und Abbau von Mißverständnissen (auch von Mißtrauen und Vorbehalten)

Kenntnisnahme des Standpunktes, der Motivation des anderen Partners

2. Verständigung über beiderseits gleichermaßen interessierende Probleme

Verständigung über beiderseits zu akzeptierende Lösungsrichtungen

Austausch der Meinungen über Lösungswege.

3. Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen bzw. Verfassen von Deklarationen, Aufrufen usw.

4. Vereinbarung über ständige Kontakte und weiterzuführende Diskussionen, um einen kontinuierlichen Meinungsaustausch im Rahmen einer mehr oder weniger ausgeprägten Zusammenarbeit zu pflegen.

Es ist also zu unterscheiden zwischen dem *Dialog als einleitende Phase* (1 und 2), die noch mit einer gewissen „Unverbindlichkeit“ verbunden ist, aber neue Einsichten, Erkenntnisse vermitteln, und dem *Dialog als Mittel der Festigung und Vertiefung* der Zusammenarbeit (3 und 4).

Sollte man allerdings jeden Kontakt und jedes Gespräch zwischen einem Marxisten und einem Katholiken im Alltag schon als Dialog kennzeichnen, würde das die Spezifik des Dialogs von Marxisten und Christen noch nicht treffen. Spezifische Formen wären:

– Internationale, nationale und regionale Veranstaltungen (Konferenzen, Poren, Diskussionen) und Treffen von Marxisten und Katholiken (zumeist von Wissenschaftlern und Theologen), [10]

---

<sup>6</sup> Ebenda.

- Diskussion von Marxisten und Katholiken in Zeitungen und Zeitschriften, wie z. B. in der Internationalen Dialogzeitschrift (1968-1974),
- Diskussion von Marxisten und katholischen Christen im Rahmen umfassender Bewegungen, wie z. B. in der Friedensbewegung.

Es handelt sich also nicht um Gespräche zwischen Staat und Kirche oder zwischen Parteien, sondern um Personen, die als Vertreter unterschiedlicher Weltanschauungen miteinander diskutieren.

Dialog ist ein *Prozeß*, in dem, ohne die konfliktreiche Geschichte des Verhältnisses von Marxismus und Christentum zu übersehen, der Wille, sich zu verständigen, den Partner besser zu verstehen, voneinander zu lernen, das Bild von anderen zu korrigieren, vorherrschen muß. Kompliziert wird dieser Prozeß dann, wenn die Dialogpartner sich nicht nur weltanschaulich wesentlich unterscheiden, sondern wenn sie auch noch entgegengesetzte Gesellschaftssysteme politisch vertreten, wie das bei internationalen Dialogen häufig der Fall ist. Der Dialog mit katholischen Christen hat gewisse Besonderheiten, wenn er in Bereiche, die mit der Hierarchie verbunden sind, hineinreicht. Die zentralisierte katholische Kirche (sowohl weltweit in Gestalt des Vatikan als auch national durch die Bischofskonferenzen) versucht den Dialog zentral zu steuern und hat dabei gewisse Berührungspunkte gegenüber Marxisten, geht daher oft mit zögernd an den Dialog heran. Das wird auch an den zurückhaltenden Positionen des Vatikanischen Sekretariats für die Nichtglaubenden sichtbar. Die Befürchtungen, zu „politischen“ Positionen im Dialog „gedrängt“ zu werden, sind stark ausgeprägt. Das trifft auch auf die DDR zu. Andererseits gibt es bei engagierten Katholiken an der „Basis“ diese Zurückhaltung nicht in diesem Maße. Auch sind die territorialen Unterschiede groß, wenn man an die Dialogbereitschaft z. B. in Lateinamerika denkt, wo sich auch viele Priester, selbst Bischöfe, aufgeschlossen zeigen.

[11] Andererseits gibt es auch auf Seiten der Marxisten Vorbehalte, die vor allem aus der Vergangenheit des konfrontativen Antikommunismus der katholischen Kirche stammen.

Bei allen positiven Anzeichen im Dialog dürfen die Schwierigkeiten nicht übersehen werden. Diese sind jedoch nicht nur durch theoretische Erwägungen zu überwinden, sondern letztlich nur im Dialog selbst.

## **2. Der Vatikan und seine Haltung zum Dialog<sup>7</sup>**

Die Öffnung zur Welt und für den Dialog begann für die Katholische Kirche erst nach der Ära Pius XII. mit Papst Johannes XXIII. und seinen Enzykliken *Mater et magistra* (1961) und *Pacem in terris* (1963). Durch ihn erfolgte die Überwindung des Standpunktes, daß eine Zusammenarbeit mit Kommunisten schlechthin und radikal verboten sei. Johannes forderte dagegen die praktische Zusammenarbeit mit „allen Menschen guten Willens“, auch mit Bewegungen, deren ursprüngliche Theorie vom Christentum abgelehnt wird. Diese Linie wurde durch Papst Paul VI. fortgesetzt (*Ecclesiam suam*): „Die Kirche muß zu einem Dialog mit der Welt kommen, in der wir nun einmal leben.“

Grundlegend war 1965 die Pastoralkonstitution über „Die Kirche in der Welt von heute“ (*Gaudium et spes*) des II. Vatikanischen Konzils, in der insbesondere die Artikel 19-22 vom Atheismus handeln. Nicht der Marxismus, sondern allgemein der Atheismus als eine der „ernstesten Gegebenheiten dieser Zeit“ ist der Gegenstand, der dort in sich differenziert dargestellt wird. (19) Es wird dabei zugegeben, daß auch die Gläubigen einen „erheblichen An-

---

<sup>7</sup> Hier ist nicht die Rede von den amtlichen oder halbamtlichen Beziehungen und Gesprächen des Vatikan mit Regierungen der sozialistischen Staaten über die Bedingungen der Tätigkeit der katholischen Kirche in diesen Ländern („amtlicher Dialog“).

teil“ an der Entstehung des Atheismus haben, insofern sie „durch Vernachlässigung der Glaubenserziehung, durch mißverständliche Darstellung der Lehre oder auch durch die Mängel ihres religiösen, sittlichen und gesellschaftlichen Lebens das wahre Antlitz Gottes und der Religion eher verhüllen als offenbaren“.<sup>8</sup> Nr. 20 wendet sich gegen den „systematischen Atheismus“, der annimmt, „die Freiheit [12] bestehe darin, daß der Mensch sich selbst Ziel und einziger Gestalter und Schöpfer seiner eigenen Geschichte sei“ und die Lehre, daß die „Befreiung des Menschen vor allem von seiner wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Befreiung“ erwartet wird. Er meine, die Religion stehe der Befreiung ihrer Natur nach im Wege. „Daher bekämpfen die Anhänger dieser Lehre, wo sie zu staatlicher Macht kommen, die Religion heftig und breiten den Atheismus aus, auch unter Verwendung, vor allem in der Erziehung der Jugend, jener Mittel der Pression, die der öffentlichen Gewalt zur Verfügung stehen“. Das Pastoral Schreiben verurteilt solche Lehren, „wie sie sie auch bisher verurteilt hat“ und sieht als „Heilmittel“ eine „situationsgerechte Darlegung der Lehre“ und ein „integres Leben der Kirche und ihrer Glieder“ an. Von besonderer Bedeutung ist jedoch die dann folgende Relativierung der Verwerfung des Atheismus, weil darin die Möglichkeiten des Dialogs begründet liegen. Die Kirche bekennt aufrichtig, „daß alle Menschen, Glaubende und Nichtglaubende, zum richtigen Aufbau der Welt, in der sie gemeinsam leben, zusammenarbeiten müssen“<sup>9</sup> und schließt daraus: „Das kann gewiß nicht geschehen ohne einen aufrichtigen und klugen Dialog“. Die Kirche sieht als Voraussetzungen an: die Aufhebung der „Diskriminierung zwischen Glaubenden und Nichtglaubenden“, Handlungsfreiheit für die Kirche und unbefangene Würdigung des Evangeliums durch die Atheisten. Für den Inhalt des Dialogs sind die Ausführungen des 2. und 3. Kapitels über „die menschliche Gemeinschaft“ und „das menschliche Schaffen in der Welt“ von besonderer Bedeutung<sup>10</sup>. Auch wenn die Betonung der „menschlichen Person“ im Vordergrund steht, so fordert die Kirche, daß „alles dem Menschen zugänglich gemacht werden (muß), was er für ein wirklich menschliches Leben braucht, wie Nahrung, Kleidung und Wohnung, sodann das Recht auf freie Wahl des Lebensstandes und auf Familiengründung, auf Erziehung, Artikel, guten Ruf, Ehre und auf gezielte Information ...“<sup>11</sup> Nr. 29 unterstreicht „die wesentliche Gleichheit aller Menschen und die soziale Gerechtigkeit“. Für den Dialog bedeutsam ist auch die Anerkennung des hohen [13] sittlichen Wertes der Arbeit und die ausdrückliche Betonung der „Autonomie der irdischen Wirklichkeit“, daß auch „die Gesellschaften ihre eigenen Gesetze und Wirklichkeiten haben, die der Mensch schrittweise erkennen, gebrauchen und gestalten muß ...“<sup>12</sup>

Von dieser relativen „Autonomie irdischer Wirklichkeiten“ ausgehend, ist die Diskussion, der Dialog möglich und für Katholiken wie Marxisten sinnvoll, um die der Gesellschaft inwohnenden Gesetze zu erkennen und die Gesellschaft gemeinsam zu gestalten.

Im Ergebnis dieser Entwicklung wurde am 9.4.1965 durch Papst Paul VI. in Rom neben den Sekretariaten für die Nichtchristen und die Einheit der Christen das „Sekretariat für die Nichtglaubenden“ gebildet. Sein erster Präsident war der Erzbischof von Wien, Kardinal Franz König (1965), der 1980 von Kardinal Paul Poupard (ehemals Paris) abgelöst wurde.

Mitglieder des Sekretariats sind 25 Kardinäle und Bischöfe. Dem Sekretariat stehen ca. 40 Konsultoren (Experten) aus aller Welt zur Seite. Mitglieder wie Konsultoren werden für 5 Jahre vom Papst ernannt. In vielen Ländern gibt es, zumeist bei den Bischofskonferenzen, nationale oder regionale Sekretariate. Vom Sekretariat wird vierteljährlich die Zeitschrift

---

<sup>8</sup> Über die Kirche in der Welt von heute, In: Vaticanum secundum. Band IV/1, Leipzig 1968, S. 397.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 401.

<sup>10</sup> Ebenda, S. 405-427 (Nr. 23-39).

<sup>11</sup> Ebenda, S. 409.

<sup>12</sup> Ebenda, S. 421.



„Atheismus und Dialog“ (von 1966-75 Bollettino di Informazione) herausgegeben (vornehmlich in französisch, italienisch, spanisch, englisch).

Die beiden Hauptaufgaben des Sekretariats bestehen im Studium des Atheismus und allen seinen Formen und im Dialog mit den Nichtglaubenden.

Das Sekretariat führt Vollversammlungen durch (acht bis 1988), organisiert Regionalversammlungen und Konferenzen und gibt Bücher heraus (bis 1987 ca. 20 Titel).

In den ersten zwei Jahrzehnten war die Tätigkeit des Sekretariats vornehmlich innerkirchlich ausgerichtet. Studien, Publikationen, Konferenzen, an denen fast ausschließlich Katholiken beteiligt waren, bildeten den Schwerpunkt.

Die Hinwendung zum Dialog mit Marxisten erfolgte erst Mitte [14] der achtziger Jahre. Die erste größere Veranstaltung fand im Mai 1984 in Ljubljana (Jugoslawien) zum Thema „Wissenschaft und Glaube“ statt. Im gleichen Jahr nahmen Vertreter der katholischen Kirche (u. a. K. Rahner) an einer Dialog-Veranstaltung in Budapest zum Thema „Die Verantwortung des Menschen in der heutigen Welt“ teil. Schließlich folgte im Oktober 1986 das erste offizielle wirklich internationale Gespräch zwischen Katholiken und Marxisten in Budapest.

Nach der Gründung des Sekretariats wurden im Verlauf von 5 Jahren zwei grundlegende Dokumente ausgearbeitet, die Strategie und Taktik des Dialogs und des Studiums des Atheismus festlegten. Das erste war 1968 das „*Dokument über den Dialog mit den Nichtglaubenden*“<sup>13</sup>. Dort wurden drei Arten des Dialogs charakterisiert:

„– eine Begegnung mit dem Ziel, *rein menschliche* Beziehungen anzuknüpfen ...“

– eine *Begegnung im Bereich der Wahrheit* ...“

– eine *Begegnung im Bereich des Handelns* mit dem Ziel, trotz der doktrinären Meinungsverschiedenheiten die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit im Hinblick auf bestimmte Ziele zu schaffen.“ (S. 41)

Es wurde betont, daß sich auch „unter Menschen, die durch radikale Meinungsverschiedenheiten voneinander getrennt sind“, Bereiche der Übereinkunft und Begegnung finden ließen (S. 5). Es wurde vermerkt, daß „einander widersprechende Überzeugungen in den Systemen als ganzem kein Hindernis für eine Übereinstimmung der Systeme in gewissen Punkten“ seien. „Insbesondere“, so heißt es weiter, „schließen widersprechende Meinungen auf religiösem Gebiet an sich Übereinstimmungen auf zeitlichem Gebiet nicht aus, das ja nach der Konstitution *Gaudium et spes* in seinem Bereich autonom ist.

Wo die Standpunkte hinsichtlich der Lehre nicht übereinstimmen können, ist schließlich doch ein Übereinkommen in praktischen Dingen möglich.“ (S. 55)

[15] Es ist sicherlich positiv zu vermerken, daß auch für den Vatikan der Dialog kein Selbstzweck ist, sondern die praktische „Zusammenarbeit von Menschen, Gruppen und Gemeinschaften“ zum Ziel haben soll. Der Vatikan sieht eine gewisse Schwierigkeit im Dialog mit Marxisten. Durch die enge Verbindung von Theorie und Praxis würden theoretische Diskussionen zu einem „praktischen Dialog“, d. h. es wird die Befürchtung geäußert, daß die ersten beiden Arten des Dialogs zu kurz kommen (S. 53).

H. Vorgrimler kommentierte: „Weiter lehrt der Text, daß der Glaube allein nicht imstande ist, Antworten auf alle Probleme zu finden; vielmehr gibt der Glaube den Geist und den Weg (des heißt wohl die Ethik) an. Nichts steht also im Weg, daß der Katholik im Geist seines

---

<sup>13</sup> Dokument über den Dialog mit den Nichtglaubenden. Trier 1969, in lateinischer und deutscher Sprache. Mit einem Kommentar von Herbert Vorgrimler.

Glaubens und im Gehorsam gegenüber seiner Sittenlehre jene konkreten Antworten übernimmt, die Nichtglaubende erarbeitet haben. Ausdrücklich wird gesagt, das Gebiet des „Zeitlichen“ (Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur usw.) stehe der Forschung – also natürlich auch der gemeinsamen Forschung – weit offen.“<sup>14</sup>

Im 3. Abschnitt wird auf Johannes XXIII. in seinem Bundschreiben „Pacem in terris“ (1963) zurückgegriffen, nämlich daß es Bewegungen (das heißt praktische Initiativen) geben könne, die sich aus einem für Christen unannehmbaren theoretischen System (gemeint ist wohl der Marxismus) entwickelt haben, aber Wahres und Enthaltenes, dem der Christ zustimmen kann. D. h. weltanschauliche Divergenzen der Systeme schließen eine Übereinstimmung auf dem Gebiet der Politik, Wirtschaft, Kultur usw. nicht aus.

Das zweite grundlegende Dokument des Sekretariats für die Lichtglaubenden wurde am 10.7.1970 herausgegeben, nämlich die „*Erklärung zum Studium des Atheismus und zur Ausbildung für den Dialog mit den Nichtglaubenden*“<sup>15</sup>, die mit der Kongregation für die katholische Erziehung abgestimmt worden war. Das Kapitel III behandelt speziell den Marxismus und seine Kenntnis durch die Priesteramtskandidaten. Die Ausbildung soll, „weil er sich weithin in der Menschheit ausbrei-[16]tet“ und „wegen seines ganz eigenen Charakters in der philosophischen, politischen und sozialen Lehre“ und „wegen der Methode, mit der er sich gewöhnlich in der menschlichen Kultur und Gesellschaft durchsetzt“, eine „möglichst umfassende und möglichst genaue Kenntnis des Marxismus vermitteln“. Die Ausbildung soll sich nicht nur auf Marx und Engels (einschl. der Philosophie Hegels und Feuerbachs) beschränken, sondern vor allem den „Marxismus-Leninismus, das doktrinaire Fundament aller kommunistischen Bewegungen“ einschließen. (S. 25) Gleichzeitig wird darauf verwiesen, daß auch andere marxistische Auffassungen (wie der „Maoismus“ und der Auffassungen des Revisionismus, dem jugoslawischen Kommunismus, Anschauungen von Roger Garaudy, Georg Lukács, Ernst Bloch usw.) sowie „auch die neomarxistischen Bewegungen wie den strukturalistischen Marxismus Louis Althusser, die „Frankfurter Schule“ und Herbert Marcuse, und die Jugendbewegungen der „Neuen Linken“ studiert werden müßten (S. 25, 27). Kapitel V ist speziell dem Dialog gewidmet und bringt die Befürchtung zum Ausdruck, daß er von Seiten der Marxisten „eher der Politik dienen soll, offen oder versteckt zum Instrument geworden für Ziele, die von der Erforschung der Wahrheit und der Suche nach gegenseitiger Freundschaft ganz weit entfernt sind“. Das müsse man besonders im „öffentlichen Dialog“ beachten, der als theoretischer oder praktischer, das heißt zur Eröffnung der Zusammenarbeit mit Kommunisten begonnen wird.“ (S. 33) Vorgrimler kommentierte diese Befürchtungen: „Selbstverständlich ist der Dialog für Kommunisten immer eine politische Angelegenheit. Es fragt sich nur, ob es überhaupt ein apolitisches Verhalten von Menschen oder einer gesellschaftlichen Gruppe wie der Kirche gibt. Immerhin rechnet die ‚Nota‘ damit, daß ein öffentlicher Dialog, eine Zusammenarbeit, ja eine Partnerschaft von Katholiken und kommunistischen Marxisten möglich sind. Daß dabei jeder der Partner, sein Verhalten und seine Ziele genau kennen muß, ist für jeden, der nicht naiv-dilettantisch vorgeht, eine Selbstverständlichkeit.“<sup>16</sup> [17] Diesen beiden Dokumenten sind keine weiteren gefolgt. Neuere Stellungnahmen sind daher nur aus Äußerungen von Johannes Paul II., sowie der Kardinäle König und Poupard zu entnehmen, besonders aus denjenigen, die in den achtziger Jahren im Zusammenhang mit der Belebung des Dialogs gemacht wurden. In diesem Sinne seien einige Zitate aus den letzten Jahren angeführt. Kardinal König stellte 1979 die Frage: „Was aber verbindet die Kirche mit den Nichtglaubenden?“ in einem historischen Kontext: „Kann es eine andere Beziehung zwischen den Gläubigen und Nichtgläubigen geben als Kampf? Und kann der Kampf,

<sup>14</sup> H. Vorgrimler, Kommentar zum Dokument über den Dialog mit den Nichtglaubenden (Trier) 1969, S. 21.

<sup>15</sup> Trier 1970. In lateinischer und deutscher Sprache, Eingeleitet von H. Vorgrimler.

<sup>16</sup> H. Vorgrimler: Einleitung (Kommentar) zur Erklärung zum Studium des Atheismus (Trier 1972), S. 7

den sie gegen Gott und jede Religion sowie gläubige Menschen führen, anders beantwortet werden als wieder durch Kampf, durch unseren Kampf, durch den Kampf der Christenheit gegen sie? Jahrhunderte lang haben Christen so gedacht ... Und *heute* befaßt sich die Kirche mit ihnen weder mit Bannstrahl noch mit Feuer und Schwert, sondern sie sucht das Gespräch, nicht in erster Linie, um sie zu bekehren, sondern um sie kennenzulernen und zu verstehen.<sup>17</sup> König begrenzt dieses Gespräch auf das Humanum: „Das einzige und zugleich tiefste, was uns mit ihnen verbindet ist das Menschsein“, daher soll das Gespräch nicht in erster Linie ein theologischem sondern ein menschliches sein. König hebt dann hervor, daß zu den gemeinsamen menschlichen Anliegen „die Existenz der Menschheit schlechthin, das heißt, die Sicherung des Weltfriedens“ gehört, „Das gemeinsame Bemühen um eine friedliche Weltordnung, um ein friedliches Zusammenleben in der einswerdenden Welt“ gehöre, wenigstens indirekt, auch zu den Aufgaben des Sekretariats für die Nichtgläubenden.<sup>18</sup>

Kardinal Paul Poupard hob in einem Interview zwar die unterschiedlichen Standpunkte von Katholizismus und Marxismus hervor, aber betonte: „Dennoch ist es gemäß der Kirchenlehre – siehe Enzyklika *Pacem in terris* – möglich und sogar notwendig, mit gemeinsamer Hingabe für das Wohl des Menschen und den Weltfrieden zu wirken und zusammenzuarbeiten.“<sup>19</sup>

Und in einem Interview mit der Herder-Korrespondenz<sup>20</sup> erklärte er kurz und bündig: „Was den Dialog betrifft, halte ich [18] mich strikt an das, was der Papst gesagt und als Direktive mehrmals wiederholt hat: der Dialog ist unverzichtbar.“

### 3. Der Dialog zwischen Katholiken und Marxisten

Die erste „Dialog-Welle“ zwischen Katholiken und Marxisten fand von 1964-1967 statt. Die Dialoge dieser Zeit wurden hauptsächlich von der Internationalen Paulus-Gesellschaft (München, Vors. E. Kellner) veranstaltet<sup>21</sup>, aber das Vatikanische Sekretariat spielte dabei praktisch, wenn auch nicht offiziell sondern im Hintergrund, eine bedeutsame Rolle. Die von der katholischen Paulusgesellschaft organisierten Dialoge in Köln, Salzburg, Herrenchiemsee, Mariánské-Lázně wurden aber bedauerlicherweise zu einer Bühne von Revisionisten (Garaudy, Schaff, Machovec, Roter, Gardavsky, Lombardo-Radice, Fischer). Sie orientierten sich stark auf z. T. abstrakte weltanschauliche Fragen z. B. auf individualistisch orientierten Humanismus und konnten daher auch keine echten Erfolge in der Zusammenarbeit und im Dialog zwischen Marxisten und Christen aufweisen. Etliche sozialistische Länder (z. B. Bulgarien, SU, DDR) blieben daher diesen Veranstaltungen auch fern. Marxisten aus der BRD wurden gar nicht eingeladen. Diese Art von „Dialogen“ (wie sie auch von der Wiener Zeitschrift „Neues Forum“, Zeitschrift für den Dialog, seit 1967 betrieben wurde) hat sich letztlich als Preisgabe marxistischer Positionen, nicht aber als echter Dialog erwiesen.

Von Seiten mancher christlicher Teilnehmer und von Kommentatoren wurden die Revisionisten als die Vertreter des „wahren Marxismus“ hochstilisiert und gegen die „Dogmatiker“ ausgespielt. Ein derart angelegter „Dialog“ war zum Scheitern verurteilt.<sup>22</sup>

---

<sup>17</sup> F. König, Der Dialog und das Vatikanische Sekretariat für Nichtgläubende. In: Christen und Marxisten im Friedensgespräch, Band 2. Wien/Freiburg/Basel 1979, S. 4.

<sup>18</sup> Ebenda, S. 5.

<sup>19</sup> Dialog zwischen Marxisten und Katholiken. In: Budapester Rundschau, Nr. 40/1986, v. 6.10.1986.

<sup>20</sup> Siehe Herder-Korrespondenz Heft 6/1985, S. 264-269.

<sup>21</sup> Wir beschränken uns auf die internationalen Dialoge, obwohl es Dialog-Aktivitäten z. B. in Frankreich gab, so im März 1965 die „Woche der katholischen Intellektuellen“ bzw. die „Woche des marxistischen Denkens“.

<sup>22</sup> Siehe dazu lt. Steigerwald, Marxismus – Religion – Gegenwart. Berlin 1973, S. 44-51, und lt. Steigerwald, Möglichkeiten und Grenzen des Dialogs zwischen Marxisten und Christen. In: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Heft 10, 1971, S. 1409-1418.

Im Vatikan wurde danach anscheinend eine Art Denkpause eingelegt, denn es dauerte über fünfzehn Jahre, bis auf einer anderen Basis neue Aktivitäten zum Tragen kamen. Von Seiten der Katholiken wurde erkannt, daß der Dialog mit Marxisten, die in ihren eigenen Parteien keine Anerkennung finden oder schon [19] außerhalb dieser Parteien stehen, keine tragfähige Grundlage hat. Es wurde auch erkannt, daß der Dialog kein Mittel zur „Bekehrung“ von Marxisten sein kann und den Versuch, sie von ihrer marxistisch-leninistischen Anschauung und ihrer sozialistischen Position abzubringen, ein aussichtsloses Unternehmen ist. Die z. T. starke politisch-antisozialistische Position der Dialogveranstaltungen war deutlich. Und selbst H. Vorgrimler mußte als Katholik zugeben, daß dieser Dialog, z. B. 1967 in Mariánské-Lázně „auf seine Weise einen gewissen Teil beigetragen hat zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei 1968“.<sup>23</sup>

Wenn auch von Seiten des Vatikans zunächst keine weiteren konkreten Aktivitäten zum Dialog erfolgten, so gab es doch eine Reihe Maßnahmen, zu denen die beiden erwähnten Dokumente von 1968 und 1970 gehörten und solche, die der Selbstverständigung dienten (Analysen, Schriften, Vollversammlungen des Sekretariats).

Die weltweite analytische Tätigkeit des Sekretariats für die Nichtglaubenden nahm vor allem in den 80er Jahren einen herausragenden Platz ein. Die erste internationale Umfrage mit 12 Fragen zur Thematik „Säkulare Ethik und die Nichtglaubenden“ wurde 1981-1983 durchgeführt. Es gab dazu 229 Stellungnahmen, darunter 120 von katholischen Universitäten und Fakultäten, 31 von Bischofskonferenzen, weitere von Konsultoren, Mitgliedern des Sekretariats u. a.<sup>24</sup> Die zweite umfangreiche Analyse fand 1983-1985 zum Thema „Atheismus, Unglaube und religiöse Indifferenz“ statt (Plenaria 1985). Die Ergebnisse wurden in der Zeitschrift des Sekretariats veröffentlicht und auf der Vollversammlung des Sekretariats im März 1985 erörtert.<sup>25</sup> Die 3. große Umfrage betraf 1985-88 „Ideologien, Denkweisen und christlicher Glaube“, die im März 1988 auf der 8. Vollversammlung diskutiert wurden.<sup>26</sup> Seit Ende der 60er und in den 70er Jahren entwickelten sich jedoch auch andere neue Formen des Dialogs. Ein interessantes Unternehmen war die Herausgabe der „Internationalen Dialog-Zeitschrift“ von 1968-1974. Diese Vierteljahresschrift [20] verstand sich als Organ für die Begegnung und die Zusammenarbeit von Marxisten, Humanisten und Christen für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Sie war also nicht speziell auf den Dialog von Katholiken und Marxisten angelegt, obwohl sie von dem Jesuiten Karl Rahner und von H. Vorgrimler, also von Katholiken herausgegeben wurde. Ihrer Redaktion gehörten neben Marxisten (wie W. Hollitscher und E. Rigler aus Österreich), Christen und bürgerliche Humanisten an, aber auch Revisionisten (wie Gardavsky, Machovec und Kadlecova). In dieser Zeit gab es auch in Frankreich und im englischsprachigen Raum verschiedenste Dialog-Veranstaltungen.<sup>27</sup> A. I. van der Bent gab 1969 eine kommentierte Bibliografie zum Dialog zwischen Christen und Marxisten heraus, die mehrere hundert Titel in englischer, deutscher, französischer, italienischer und spanischer Sprache enthält.<sup>28</sup> Die Zahl der Titel täuscht allerdings über die geringe Realität des Dialogs hinweg, da zumeist allgemeinere Themen enthalten sind (Atheismus,

---

H. Vorgrimler, Zum Dialog von Marxisten und Katholiken in der Bundesrepublik. In: Informationsdienst des katholischen Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen. Bonn, Nr. 56/1972, S. 1-8.

<sup>23</sup> Ebenda, S. 6.

<sup>24</sup> Kardinal Paul Poupard veröffentlichte dazu ein Buch: „La morale chretienne demain“, Paris 1985, 265 Seiten. Siehe dazu auch Atheism and Dialogue, Heft 2/3, 1983.

<sup>25</sup> Siehe Atheism and Dialogue, Heft 1-4, 1985.

<sup>26</sup> Siehe Atheism and Dialogue, Hefte der Jahre 1986-88. Im übrigen wurde 1988 auch ein Bericht des Theologisch-Philosophischen Studiums in Erfurt veröffentlicht, der sich nicht gerade durch Sachlichkeit auszeichnet.

<sup>27</sup> Siehe H. Aptheker (Hg.) Marxism and Christianity. A. Symposium. New York 1968, 240 S. J. Klugman (Hg.) Dialogue of Christianity and Marxism, London 1968, 110 S. Dazu J. Klugman, Großbritannien: Dialog zwischen Christen und Marxisten. In: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Heft 3/1968.

<sup>28</sup> Der Dialog zwischen Christen und Marxisten. Eine kommentierte Bibliografie. Hg. A. I. van der Bent.

Marxismus, Sozialismus usw.). Der Autor verwies jedoch darauf, daß noch vor einigen Jahren Gespräche zwischen Christen und Kommunisten „mehr oder weniger theoretischen und akademischen Charakter“ trugen, und daß jetzt der Dialog auf „konkreter Ebene geführt wurde, wie z. B. über wirtschaftliche Gerechtigkeit, Machtstrukturen, Revolution, Möglichkeiten gemeinsamer politischer und sozialer Aktionen.“<sup>29</sup>

Diesen Aspekt dem Dialog. betonten auch Katholiken (E. Weiler, A. Dordett aus Wien) und Marxisten (I. Kowalski, UdSSR und W. Hollitscher, Österreich) in einer Diskussion der Zeitschrift „Probleme des Friedens und dem Sozialismus“ im Jahre 1974.<sup>30</sup> In der Zeitschrift wurde u. a. resümiert: „Die Begegnungen zwischen Kommunisten und Katholiken widerspiegeln das reale Erfordernis zum Zusammenschluß der friedliebenden und demokratischen Kräfte.“ Während des XVI. Weltkongresses für Philosophie 1978 in Düsseldorf luden die US-amerikanische Gesellschaft für das Studium des Marxismus und die Münchner Paulus-Gesellschaft zu einem Dialog von Marxisten [21] und Gläubigen ein, der in sich recht widersprüchliche Tendenzen aufwies.

Ein anderer beachtenswerter Vorgang sind die Dialog-Veranstaltungen von Marxisten und (zumeist katholischen) Christen, die unter dem Titel „Christen und Marxisten im Friedensgespräch“ gemeinsam vom „internationalen Institut für den Frieden“ in Wien und dem katholischen „Institut für Friedensforschung“ (Universitätszentrum für Friedensforschung) der Universität Wien (Prof. Dr. R. Weiler) veranstaltet wurden. Die Reihe der international geprägten Dialoge begann 1971 in Wien und fanden danach (fast jedes Jahr) an verschiedenen Orten statt.<sup>31</sup>

Einige Titel der Symposien kennzeichnen die inhaltliche Linie deutlich:

- „Friedliche Koexistenz und sozialer Fortschritt“ (1975 – Tutzing, BRD)
- „Friedliche Koexistenz und die Erziehung der Jugend zum Frieden“ (1977 – Rosemont, Philadelphia, USA)
- „Probleme der Abrüstung aus der Position verschiedener Weltanschauungen“ (1978 – Kischinew, Sowjetunion)
- „Friedliche Koexistenz aus der Sicht verschiedener Weltanschauungen“ (1979 – Stockholm, Schweden)
- „Friedenssuche jenseits der Ideologien“ (1980 – Detroit, USA)
- „Wege zur Befreiung der Menschheit von kriegerischer Gewalt und Massenvernichtung aus verschiedener weltanschaulicher Sicht“ (1982 – Madrid, Spanien)
- „Begegnungen zwischen den verschiedenen Weltanschauungen für den Frieden“ (1983 – Florenz, Italien)
- „Realismus in der Politik“ (1984 – Hamburg, BRD)
- Werte- und Normenprobleme in den internationalen Beziehungen (1985 – Klingental, Frankreich)
- Probleme der Militarisierung des Weltraums aus der Sicht unterschiedlicher Weltanschauungen (1986 – Klosterneuburg bei Wien).<sup>32</sup>

---

<sup>29</sup> Ebenda, S. 22.

<sup>30</sup> Der Unterschied zwischen den Weltanschauungen und politische Zusammenarbeit. In: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Heft 6/1974.

<sup>31</sup> Siehe Probleme des Friedens und des Sozialismus, Heft 3/1981, S. 419-421.

<sup>32</sup> Zu den ersten sechs Symposien siehe: Marxisten und Christen im Friedensgespräch, Bd. 1. Wien, Freiburg, Basel 1976 (1.-3. Symposium) und Bd. 2, 1979 (4.-6. Symposium). Berichte über die Veranstaltungen finden

[22] Kennzeichnend für die inhaltliche Konzeption dieser Dialoge ist, daß die Veranstalter möglichst darauf achteten, „daß die beteiligten Wissenschaftler aus westlichen und östlichen Staaten und ihrer weltanschaulichen Einstellung nach aus christlichen und marxistischen Kreisen kamen“.<sup>33</sup> Es waren daher bekannte Marxisten aus sozialistischen (besonders Sowjetunion, DDR, Ungarn u. a.) und kapitalistischen Ländern (besonders BRD, USA, Österreich) vertreten. Vertreter des Christentums kamen aus den USA, Österreich, der BRD, DDR und vielen anderen Ländern. Prominent vertreten waren Teilnehmer aus der Sowjetunion, zumal im „Internationalen Institut für den Frieden“ in Wien sowjetische Vertreter führend sind. Es nahmen auch mehrfach Geistliche der Russischen-Orthodoxen Kirche teil.

Von Seiten des Friedensrates der DDR (in Zusammenarbeit mit dem IPW) nahmen Marxisten (u. a. häufig vor allem Herbert Bartsch, Max Schmidt) sowie auch Christen (Jenssen, Moritz, Guske, Niggemeyer) teil. Aus Ungarn war der 1987 verstorbene J. Lukacs häufig Teilnehmer.

Marxisten aus kapitalistischen Ländern waren u. a. R. Steigerwald (BRD), W. Hollitscher (Österreich), J. Kahl (BRD). Es muß auch beachtet werden, daß es an diesen Veranstaltungen nicht nur „Atheisten“ und „Gläubige“ teilnehmen, sondern auch häufig Wissenschaftler, Militärs, Politiker, die nicht primär die weltanschaulichen Positionen, sondern die praktische Politik vertreten (besonders aus der Sowjetunion, aus den USA, aus der BRD). In den achtziger Jahren wurde von Seiten des Sekretariats für die Nichtgläubenden der Dialog wiederbelebt. Die erste Dialog-Veranstaltung wurde schon 1981 konzipiert und dann vom 10.-12. Mai 1984 in Ljubljana (Jugoslawien) unter dem Thema „Wissenschaft und Glaube“ durchgeführt. Erstmals war das Sekretariat für die Nichtgläubenden (gemeinsam mit der Slowenischen Akademie der Wissenschaften) Träger einer solchen Veranstaltung, die wohl als erster „Test“ angesehen werden kann,

[23] Die ca. 60 Teilnehmer kamen vor allem aus Jugoslawien und aus kapitalistischen Ländern. Marxisten aus sozialistischen Ländern waren ebensowenig vertreten wie katholische Theologen aus diesem Bereich (mit Ausnahme von 2 Theologen aus Erfurt).

Die Vorträge wurden in einem gemeinsam herausgegebenen Buch veröffentlicht.<sup>34</sup> Sowohl die Zusammensetzung (vor allem die Tatsache, daß keine Marxisten von außerhalb Jugoslawiens eingeladen wurden) als auch die Thematik war kaum geeignet, einen umfassenden und konstruktiven Dialog zu entfalten. Die Thematik, zweifellos interessant, war mehr auf erkenntnistheoretische und weltanschauliche Fragen ausgerichtet, nicht aber auf die Gefahren, die der Mißbrauch der Wissenschaft für die Menschheit heraufbeschworen hat und die gemeinsame Verantwortung von Marxisten und Christen, um diese Gefahren abzuwenden. Die Suche nach Gemeinsamkeiten konnte daher auch nur dazu führen, daß Toleranz, Pluralismus, Daseinsberechtigung für Wissenschaft und für Glauben mehrfach konstatiert wurden.

Es ist natürlich bemerkenswert, daß der Vatikan erst 20 Jahre nach der Gründung des zuständigen Sekretariats mit konkreten Dialog-Veranstaltungen mit Marxisten begonnen hat. Das läßt sowohl auf langfristige Studien und Planung als auch auf Unsicherheit und mangelnde Aktivität und Kontakte schließen. (Kontakt hatte das Sekretariat über längere Zeit nur mit der IHEU, der Internationalen Humanistischen Union). Als eine weitere Kontaktaufnahme und als „Test“ ist auch die Teilnahme von prominenten Katholiken (u. a. Rahner, Calvez, Weger, Nagel, Neufeld, Nyiri, Wucherer) an der internationalen Dialog-Veranstaltung vom 28.2.-1.3.1984 in Budapest zum Thema „Die Verantwortung des Menschen in der heutigen Welt“

---

sich in: Wiener Blätter zur Friedensforschung. Herausgegeben vom Universitätszentrum für Friedensforschung Wien (Nr. 1/1974), 5/1975, 7/8/1975/1976, 13/14/1977, 18/19/1978, 22/23/1978-1980, 25/27/1981, 34/35/1983.

<sup>33</sup> Sigrid Pöllinger, in: Wiener Blätter zur Friedensforschung, Heft 34/35, Juni 1983, S. 9/10.

<sup>34</sup> Science and Faith, Ljubljana/Rom 1984, 275 S., siehe dazu auch den Bericht von Franz Parke, Der Glaube in der Wissenschaft als Dialogthema. In: Diakonie, Wien/Mainz, Heft 5/1984, S. 323-329.

anzusehen. Sie war von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften veranstaltet worden und an ihr nahmen ca. 60 Marxisten und Christen aus 13 sozialistischen und kapitalistischen Ländern teil.<sup>35</sup> Referate wurden gehalten von K. Rahner (Innsbruck), V. Garadacha (Moskau), A. Casanova (Paris), E. Kocsis [24] (Debrecen) sowie von J. Lukacs (Budapest). In seinen Schlußbemerkungen resümierte J. Lukacs: „Die Teilnehmer der Konferenz waren sich darüber einig, daß die Verantwortung des Menschen angesichts der Gefährdetheit des menschlichen Lebens in der heutigen Weltlage sprunghaft angewachsen ist“. „In den Diskussionen wurde in bezug auf die Kriegsgefahr der Konsens herausgearbeitet, wonach der Begriff des gerechten Krieges im Fall eines thermonuklearen Krieges nicht anwendbar ist: der Beginn eines Krieges dieser Art läßt sich durch nichts rechtfertigen, in keinerlei ethischem System legitimieren, genausowenig, wie die Anwendung militärischer Gewalt zwecks Entscheidung weltanschaulicher und politischer Probleme. Die Teilnehmer wünschen, daß das Wettrüsten gebremst und das Gleichgewicht auf einem niedrigeren Rüstungsstand zustande gebracht werden sollen ...

Im Interesse der vollen Entfaltung und der Verteidigung des Lebens, des fundamentalsten Werte, kann ein Einverständnis auf der Ebene der Ideen zwischen allen Menschen guten Willens zustandekommen – ein Einverständnis, das die Distanz der Weltanschauungen unberührt läßt. Solch ein Einverständnis könnte auch das Zusammenwirken auf der Ebene der Praxis weitgehendst fordern. Dies wäre die Basis, von der aus wir uns gemeinsam einsetzen könnten gegen Verantwortungslosigkeit, Amoralität, moralischen und ideellen Nihilismus, oder passive Resignation ... Die Auseinandersetzungen haben gezeigt, daß die Teilnehmer der Konferenz zahlreiche Fragen unterschiedlich beurteilen, die Ursachen der Konflikte in unserer heutigen Welt unterschiedlich einschätzen, und weitere Gespräche für nötig halten, um Umfang und Verteilung der Verantwortung in gewissen Fragen klarzustellen. Auch erhielt die mögliche Art und Weise der Beurteilung der anderen Seite unterschiedliche Akzente ...“

Tamas Nyiri (der ungarische Konsultor des Sekretariats für die Nichtgläubenden) bezeichnete in einem Kommentar dazu den von K. Rahner hervorgehobenen „realen Humanismus“ als den „für möglich gehaltenen Konsens lebenswichtiger Maximen im [25] Interesse der Verteidigung und des Schutzes des menschlichen Lebens“, der „als unvermeidliche Voraussetzung und gleichzeitig als Gegenstand des Dialoge ehrlich anerkannt werden“ müsse.<sup>36</sup> Höhepunkt in der bisherigen internationalen Dialogpraxis zwischen Katholiken und Marxisten war das Symposium vom 8.-10.10.1986 in Budapest: „*Die Gesellschaft und die ethischen Werte*“.

Der Dialog von Marxisten und Katholiken hat angesichts der weltweiten Friedensbewegung und der Beteiligung von zahlreichen Katholiken an dieser Bewegung (direkt oder sympathisierend) eine zunehmende Bedeutung gewonnen. Sie resultiert nicht nur daraus, daß der Katholizismus über 900 Millionen Menschen umfaßt, sondern daß Marxisten in Kontakt, Dialog und Zusammenarbeit zur weiteren gemeinsamen Förderung von Frieden und Abrüstung Wesentliches beitragen können. Der Dialog hat aber darüber hinaus Bedeutung für die Lösung aller globalen Probleme, vor allem hinsichtlich des Kampfes gegen die Armut und den Hunger in der 3. Welt, denn der Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung, für die Würde des Menschen und für soziale Gerechtigkeit ist gleichermaßen ein Anliegen von Kommunisten und katholischen Gläubigen, besonders in Lateinamerika und Afrika.

Im Dialog spielen, wie Budapest deutlich zeigte, die ethischen Probleme, die moralische Orientierung im Hinblick auf Frieden und Gerechtigkeit eine besondere Rolle.

---

<sup>35</sup> Siehe dazu: G. Wendelborn, Marxistisch-christliches Gespräch. In: Standpunkt 4/1984, S. 117/118.

<sup>36</sup> Tamas Nyiri, Im Zeichen des „realen Dialogs“. In: Diakonie, Wien/Main, Heft 5/1984, S. 321-323.

Eine Schwierigkeit des Dialogs liegt allerdings darin, daß die Abgrenzung zur unfruchtbaren weltanschaulichen Diskussion über die „letzten Fragen“ manchmal in Konflikt gerät mit dem Bestreben, die eigene Identität wahren zu wollen.

Eine zweite Schwierigkeit besteht darin, daß bei Katholiken aus westeuropäischen Ländern die politischen Optionen häufig stark bürgerlich geprägt sind.

Beide Tendenzen waren auch in Budapest zu bemerken. Eben deshalb ist es aber bedeutungsvoll, daß es weder offiziell noch inoffiziell zu bemerkenswerten Konfrontationen gekommen ist, [26] die Atmosphäre aufgeschlossen war, die Gespräche in sachlicher Art geführt wurden und kaum Kontaktschwierigkeiten bestanden.

Die bewußte Vermeidung von Konfrontationen, was ja keineswegs selbstverständlich ist, zeugt von hohem Verantwortungsbewußtsein auf beiden Seiten. Budapest hat bestätigt, daß ein sachliches und konstruktives Gespräch möglich ist. Das ist aber angesichts der Repräsentation von zwei weltanschaulich „Großmächten“ (Marxismus und katholisches Christentum) eine Tatsache, deren zukünftige Bedeutung noch nicht abzuschätzen ist. Daß die katholische Kirche diesem Dialog eine wichtige Rolle zugemessen hat, ist daraus zu ersehen, daß das Vatikanische Sekretariat für die Nichtglaubenden unter Leitung von Paul Kardinal Poupard die Schirmherrschaft übernommen hatte und sein Vorgänger im Amt Franz Kardinal König teilnahm und ebenfalls eine Session leitete.

Offensichtlich haben etliche Katholiken bessere Einblicke in Probleme des Marxismus und die politischen und ethischen Intentionen seiner Vertreter erhalten. Es war bei den meisten Katholiken festzustellen, daß sie von der Nützlichkeit des Dialogs überzeugt waren und der Meinung sind, man solle derartige Veranstaltungen fortsetzen. Es bleibt abzuwarten, ob und wie weit dieser Dialog Folgen in der Arbeit des Vatikanischen Sekretariats und hinsichtlich der Aktivitäten in einzelnen Ländern zeitigt.

Das relativ große Interesse von Presse (ca. 30 Korrespondenten), Fernsehen und Rundfunk (8 Nationen) und die gegenüber früheren Veranstaltungen große Publizität könnten den Dialog fördern. Insgesamt dürfte das Budapester Treffen, was seinen, wie Kardinal Poupard äußerte (Budapester Rundschau 40/86) „Testwert für die Zukunft“ angeht, positiv ausgefallen sein.

Das Programm umfaßte folgende Themen:

- Thema 1: Marxistische und christliche Auffassungen von Menschen  
Jaroszewski, Warschau und Ledriére, Louvain [27]
- Thema 2: Marxistische und christliche Konzeptionen über die zwischenmenschlichen Beziehungen  
Huber, Rom und Grigorian, Moskau
- Thema 3: Autonomie und Verantwortung des Menschen aus marxistischer und aus christlicher Sicht  
Ancsel, Budapest und Possenti, Milano
- Thema 4: Die ethischen Werte, wie Marxisten und Christen sie sehen  
Cottier, Genf und Pöldesi, Budapest
- Thema 5: Die Arbeit in der marxistischen und christlichen Konzeption  
Kliem, Berlin und Tischner, Krakau
- Thema 6: Das gesellschaftliche Zusammenleben und Zusammenwirken nach marxistischer und christlicher Auffassung  
Feiereis, Erfurt und Garadscha, Moskau



Alle anderen Teilnehmer hatten schriftliche Beiträge eingereicht und beteiligten sich an der Diskussion.<sup>37</sup> Die Beiträge der Katholiken bewegten sich, wenn auch in sich differenziert, vor allem auf der Ebene moraltheologischer Erörterungen, die nur in einem allgemeinen Sinn Beziehungen zur Politik hatten. Die Beiträge der Marxisten waren, ausgehend von ethischen Erörterungen, auf politische Konsequenzen ausgerichtet. Dabei war die Orientierung auf gemeinsame Positionen zu Frieden und Abrüstung ausgeprägt, obwohl dieses Thema in dem offiziellen Programm nicht vorgesehen war. Das Problem der sozialen Gerechtigkeit durchzog ebenfalls viele Beiträge von Marxisten und Katholiken.

Das Treffen in Budapest hatte in vielen Ländern eine positive Resonanz und hat weitere Aktivitäten ausgelöst. Auch in der [28] DDR wurde das Gespräch zwischen Marxisten und Katholiken belebt. Das ist auch ein Verdienst von Prof. Konrad Feiereis (Erfurt), der auch der zuständige Konsultor des Sekretariats für die Nichtglaubenden für die DDR ist.

1986 bis 1988 wurden in der DDR mehrere Dialog-Veranstaltungen durchgeführt, so in Erfurt, auf dem Eichsfeld, in Dresden und auch Artikel veröffentlicht.<sup>38</sup>

Es ist zu wünschen und zu hoffen, daß sich international wie national die Kontakte und Dialoge fortsetzen.

Es ist auch zu hoffen, daß die Statusänderungen durch Johannes Paul II. im Rahmen der „Kleinen Kurienreform“ keine negativen Auswirkungen haben. Ende Juni 1988 wurden nämlich die drei „Sekretariats“ (für die Einheit der Christen, für die Nichtchristen, für die Nichtglaubenden) in „Päpstliche Räte“ umgewandelt. Sie haben damit nicht mehr die Gleichrangigkeit mit den traditionellen Kongregationen, die 1967 hergestellt worden war. Die „Dialog-Räte“ haben jetzt keinen direkten Zugang zum Papst mehr und sollen ihre öffentlichen Aktivitäten mit der Kongregation für die Glaubenslehre (Kardinal Ratzinger) abstimmen. Es ist zu hoffen, daß durch diese Regelung der Dialog, der ja eigentlich erst begonnen hat, auch aktiv weiter gefördert wird.<sup>39</sup>

---

<sup>37</sup> Der Text der Referenten und Diskussionsbeiträge wurde veröffentlicht in: *Società e valori etici*, Roma 1987.

<sup>38</sup> Siehe vor allem die katholische Zeitschrift „begegnung“, in der das Budapester Referat von K. Feiereis referiert und auch ein Artikel von O. Klohr veröffentlicht wurde (Heft 5/1987).

<sup>39</sup> Pessimistische Stimmen dazu werden sich möglicherweise auch erfüllen können, siehe Publik-Forum, Heft 14/1988, S. 3, „Konzil adieu“.

## **Katholische Kirche im Sozialismus (Thesen)**

**Dieter Becker (Rostock)**

1. Die katholische Kirche hat in dem rund vier Jahrzehnte umfassenden Zeitabschnitt einen Prozeß des Wandels, der Anpassung und der Modifikation durchlaufen. Das Verhältnis der katholischen Kirche zum sozialistischen Staat ist durch den Widerspruch von schrittweiser kirchlicher Anpassung an gesellschaftliche Realitäten und gleichzeitigem Distanzverhalten gekennzeichnet. Es vollzog sich ein allmählicher Übergang von der konfrontativ zugespitzten Haltung der 50er Jahre über einen Zustand der „passiven Loyalität“ zu geordneten und verfassungskonformen Staat-Kirche-Beziehungen, in dessen Verlauf die katholische Kirche mehr und mehr zu einer realistischeren Bestimmung ihres Platzes in der sozialistischen Gesellschaft gefunden hat. Gleichzeitig bestehen einige verwaltungsrechtliche und jurisdiktionsprovisorische Provisorien weiter und die Kirchenleitung hält dem sozialistischen Staat gegenüber eine gewisse Distanz aufrecht.

2. Bis heute ist die Verbreitung des Marxismus-Leninismus und die Gestaltung der Gesellschaft auf der Grundlage dieser Theorie die eigentliche Quelle, aus der die kontroversen Positionen der katholischen Kirchenleitung gespeist werden.

Dauerthema ist ein sogenannter „weltanschaulicher Druck“, dem gläubige Bürger in der sozialistischen Gesellschaft ausgesetzt seien.

Die Kirche mißt dem philosophisch-weltanschaulichen Gegensatz zwischen Religion und marxistischer Philosophie einem Stellenwert bei, der ihm nicht zukommt. Der Marxismus-Leninismus ist atheistisch, weil er die Welt letztlich dialektisch-materialistisch erklärt, aber diese atheistische Grundposition stellt nicht das Wesentliche im Marxismus-Leninismus dar.

[33] Dieses Argument findet in der kirchlichen Polemik bisher kaum Beachtung. Hartnäckig hält sich die Vorstellung, das eigentliche Ziel der erzieherischen und politisch-ideologischen Arbeit sei die Hinführung zu einer areligiösen Weltanschauung und Lebensweise.

Die unter weltanschaulichen Gesichtspunkten vorgetragenen kontroversen Standpunkte konzentrieren sich im wesentlichen auf die „Konfliktfelder“

– Bildung/Erziehung

– Jugendweihe

– Gewissens- und Glaubensfreiheit.

3. Nach dem im wesentlichen auf die 50er Jahre beschränkten Widerstand gegen die Durchsetzung des Prinzips der Trennung von Kirche und Schule verlagerten sich die kirchlichen bildungspolitischen Kontroversen auf das Gebiet der weltanschaulichen Grundlagen des Unterrichts und der dem sozialistischen Erziehungsziel dienenden Grundsätze der sozialistischen Ethik und Moral.

Ausgehend von einem ahistorisch aufgefaßten „Ersterziehungsrecht“ der Eltern wird ein grundsätzlicher Widerspruch zwischen dem sozialistischen Bildungs- und Erziehungskonzept und den Erziehungsvorstellungen christlicher Eltern konstruiert.

Ein starker Ausschließlichkeitsanspruch der Kirche auf dem Gebiet der Moral war und ist immer wieder Ausgangspunkt für Kontroversen gegen die philosophisch-theoretische Begründung moralischen Verhaltens durch die marxistisch-leninistische Ethik und daraus für die gesellschaftliche Praxis abgeleitete sozialistische Moralnormen. Die Bischöfe beanstanden eine angebliche oder tatsächliche Benachteiligung von Schülern, die wegen ihres katholi-

schen Glaubens bestimmte weltanschauliche Aspekte des Marxismus-Leninismus für sich nicht akzeptieren können.

Tatsächlich widerspricht es der sozialistischen Bildungspolitik und Verfassungsgrundsätze, wenn wie kirchenoffi-[34]ziell behauptet – katholische Christen wegen ihrer weltanschaulich-religiösen Einstellung in der Schule benachteiligt würden.

4. Einer ähnlichen Sicht unterliegt auch das zweite der „Konfliktfelder“, die Jugendweihe.

Die Kirchenführung beharrt auf der Unvereinbarkeit von Jugendweihe und katholischem Glaubensbekenntnis. Sie verschließt sich der Einsicht, daß die Jugendweihe ein staatsbürgerliches Bekenntnis junger DDR-Bürger darstellt, demgegenüber die weltanschauliche bzw. religiöse Bindung der Teilnehmer ohne Bedeutung ist. Zwar hat die Kirchenleitung die Begründung für die Jugendweihe-Abstinenz wiederholt modifiziert – eine Abkehr vom Unvereinbarkeitsprinzip deutet sich jedoch nicht an.

Es muß damit gerechnet werden, daß die Kirche die Jugendweihe weiterhin als Kontroverspunkt behandelt.

5. Eine angebliche Konfliktsituation in Bereich des Wehrdienstes begründet die katholische Kirchenleitung mit Unterschieden zwischen den Prinzipien der sozialistischen Wehrmoral und den Grundsätzen der christlich-katholischen Ethik. In der Tat respektiert die sozialistische Staatsmacht religiös motivierte Gewissensentscheidungen gegen den aktiven Ehrendienst dadurch, daß sie den Dienst in den Baueinheiten der NVA ermöglicht. Es bleibt aber festzuhalten, daß junge wehrpflichtige Katholiken im allgemeinen gleich anderen DDR-Bürgern ihrer Ehrenpflicht nachkommen. Gewissenskonflikte nehmen bei katholischen Wehrpflichtigen keineswegs einen solchen Stellenwert ein, wie aus kirchenoffiziellen Verlautbarungen entnommen werden könnte.

6. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat die katholische Kirche in der DDR nicht zu erkennen gegeben, daß sie die Grundprinzipien der sozialistischen Friedensdoktrin eindeutig bejaht, obwohl hierfür positive Ansatzpunkte in lehramt-[35]lichen Aussagen seit dem Pontifikat Johannes XXIII. enthalten sind. In den offiziellen Verlautbarungen, die speziell dem Thema „Frieden“ galten, war der Episkopat eher auf ein neutralistisches Herangehen bedacht. Hinweise auf die partielle Übereinstimmung zwischen Staat und Kirche in Teilbereichen der Friedenspolitik werden nur in unverbindlichen Formulierungen ausgedrückt.

In der Frage des Zusammenwirkens von Christen und Marxisten für die Verhinderung eines Nuklearkrieges, für Rüstungsstopp, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung wirken der klerikale Antikommunismus der 50er Jahre und die spätere Phase der kirchenoffiziellen Passivität besonders nachhaltig. Da Sozialismus und Friedenskampf untrennbar miteinander verknüpft sind, hält es die Kirchenleitung für angezeigt, ihre Vorbehalte auch auf das Engagement in der organisierten Friedensbewegung der DDR anzuwenden.

7. Die kontroversen Wortmeldungen in den unterschiedlichen Konfliktfeldern gipfelten in der Behauptung, daß der Staat das Recht auf Gewissens- und Glaubensfreiheit mißachte. Tatsächlich hat sich die sozialistische Verfassung der DDR am 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1974 als tragfähige Grundlage für das ungehinderte Wirken der Kirche und die Gewährung des Rechte auf Gewissens- und Glaubensfreiheit erwiesen. Die katholische Kirche kann ihre Tätigkeit in ihren legitimen Wirkungsbereichen ungehindert entfalten, der katholische Christ ohne Schmälerung der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten seinen Glauben ausüben.

8. Katholischen Christen wird seit Mitte der 70er Jahre (DDR-Pastoralsynode) kirchlicherseits eine Vielzahl christlicher „Bewährungsfelder“ in der sozialistischen Gesellschaft an-

empfohlen, die vom Einsatz für ein gutes Kollektiv- und Betriebsklima, zur Übernahme von Leitungsverantwortung über die Mitarbeit in Schule und Kindergarten und die Sorge für [36] Bedürftige bis hin zum Einsatz für eine gerechte und friedliche Welt reichen.

Dies darf allerdings nicht mit einer generellen Zustimmung der Kirchenleitung zu einem allseitigen christlichen Engagement bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft gleichgesetzt werden. Primär resultieren die konstruktiven Wegweisungen aus einem aktivierten christlichen Sendungsanspruch in der sozialistischen Gesellschaft. Die durchaus legitime glaubensgemäße Ausgangsposition muß allerdings – nach Meinung der Bischöfe – zum Abraten organisierter gesellschaftlicher Mitarbeit führen. Christliches Wirken in der Gesellschaft bedürfe nicht der Mitgliedschaft in gesellschaftlichen Organisationen. Dieser kirchenamtlichen Position widersprechen Tatsachen – so z. B. der Fakt, daß Tausende von katholischen Christen in der CDU organisiert sind.

9. Die Kirche nutzt in praxi alle Möglichkeiten der Religionsfreiheit, die ihr durch die sozialistische Gesellschaft in der DDR geboten werden.

Sie hält sich jedoch hinsichtlich gesellschaftlichen Engagements unverhältnismäßig zurück, obwohl den Ortskirchen im Rahmen der für sie verbindlichen vatikanischen Gesamtstrategie ein großer Spielraum für die Umsetzung der lehramtlichen Vorgaben verbleibt, der entsprechend der sozialökonomischen, politisch-ideologischen, geistig-kulturellen und rechtlichen Gegebenheiten in der DDR genutzt werden sollte.

10. Bei dem verfassungsgerechten Ausbau der Staat-Kirche-Beziehungen und der immer engeren Einbeziehung der DDR-Bürger katholischen Glaubens in die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft kann erwartet werden, daß sich die Tendenz innerhalb der katholischen Kirche zu einem sachlicheren, toleranteren Herangehen bei weltanschaulichen, moralischen und politischen Problem-[37]situationen in der DDR fortsetzt. Da die katholische Kirche in der DDR als „Ortskirche“ in die globale Entwicklung der römisch-katholischen Weltkirche integriert ist, wird dieser Prozeß umso erfolgreicher sein können, je nachhaltiger in der Weltarena das neue Denken in den Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme Einzug hält und entspannungsfeindliche Kräfte, also auch klerikal-antikommunistische, an Boden verlieren.

11. „Katholische Kirche im Sozialismus“ würde bedeuten, daß die Kirche

- die sozialistische gesellschaftliche Wirklichkeit in der DDR deutlich akzeptiert,
- die Verfassung und die Gesetze der DDR achtet und innerhalb ihrer Jurisdiktion keine Verletzung oder subjektive Auslegung von Rechtssetzungen zuläßt,
- ein loyales Verhältnis zur sozialistischen Staatsmacht unterhält,
- ihre Eigenständigkeit und ihre Unabhängigkeit von der katholischen Kirche der BRD festigt,
- die außenpolitischen Interessen der DDR respektiert, ihnen nicht zuwiderhandelt, sondern sie im Sinne einer gemeinsamen Friedensverantwortung mitträgt,
- ihre offiziellen Verlautbarungen und öffentlichen Stellungnahmen mit den humanistischen Zielsetzungen der Arbeiter- und-Bauern-Macht in Einklang bringt,
- die sozial- und wirtschaftspolitischen Ziele unterstützt,
- ihre diakonische Arbeit in die auf das Wohl des Volkes gerichtete Politik einbringt,
- die gläubigen DDR-Bürger zu engagiertem Mitwirken in der sozialistischen Gesellschaft ermuntert.

12. Zum Abbau kirchlicher Vorbehalte tragen offensichtlich die von Theoretikern des Marxismus-Leninismus publizierten und auf internationalen Veranstaltungen vertretenen Arbeiten über Grundlagen und Chancen des Dialogs von Marxisten und [38] Christen sowie zum Staat-Kirche-Verhältnis im Sozialismus bei.

Es darf angenommen werden, daß gerade diese Aktivitäten es sind, die die katholische Kirchenleitung anregen wie im Pastoral Schreiben vom 16. September 1986 geschehen – sich mit den Grundfragen der wissenschaftlichen Weltanschauung sachlich zu befassen.

Deshalb sollten die theoretisch fundierte, von Toleranz getragene Publizistik und Öffentlichkeitsarbeit intensiviert werden. [39]

## **Aufbau und Gestaltung des Sozialismus in einem Gebiet mit mehrheitlich katholischer Bevölkerung (Eichsfeld)**

**Petra Zeugner (Rostock)**

Die Eichsfeldstudien I und II der Forschungsgruppe Wissenschaftlicher Atheismus der IHS Warnemünde/Wustrow entstanden im Ergebnis vorrangig von Dokumentenstudien über die Entwicklung der Kreise Heiligenstadt und Worbis und als Resümee aus zahlreichen Gesprächen, Aussprachen und Diskussionsrunden mit Marxisten und praktizierenden Katholiken.

Das Interesse an einer religionssoziologischen Untersuchung des Eichsfeldes ist durch folgende Fakten verursacht:

*Erstens:* Es vollzog und vollzieht sich in diesem Gebiet eine beispielhafte gesellschaftliche Entwicklung.

*Zweitens:* Es handelt sich um das größte katholische Konzentrationsgebiet innerhalb der all-gemein-typischen Diasporasituation der katholischen Kirche in der DDR.

*Drittens:* Hier leben Christen und Nichtchristen in einem für die DDR ungewöhnlichen quantitativen Verhältnis. Während heute mehr als zwei Drittel der DDR-Bevölkerung keiner Religionsgemeinschaft mehr angehören, sind im Eichsfeld über zwei Drittel der Bevölkerung zum großen Teil praktizierende Katholiken. (In übertragenem Sinne könnte man von eichsfeldtypischen „Marxisten in der Diaspora“ sprechen.)

Aus diesen Besonderheiten des Eichsfeldes ergeben sich konkretisierte Fragestellungen:

- Wie wird die führende Rolle der SD bei der Gestaltung des Sozialismus im „katholischen Eichsfeld“ realisiert?
- Wie gelingt es, die Staatspolitik in Kirchenfragen umzusetzen?
- Welche Anforderungen erwachsen an die Marxisten aus der Zusammenarbeit mit katholischen Christen? [40]
- Welche spezifischen Probleme treten auf?
- Welche Entwicklung nehmen Kirchenmitgliedschaft und Gläubigkeit in einem solch traditionell katholischen Gebiet unter sozialistischen Bedingungen?
- Welche Rolle spielt das Glaubensbekenntnis im öffentlichen Leben?
- Wie wirken kirchliches und gesellschaftliches Leben aufeinander?
- Wirkt sich der katholische Glaube auf das gesellschaftliche Verhalten und Handeln der Bürger aus?
- Wie nutzen die katholischen Christen die verfassungsmäßig garantierte Gewissens- und Glaubensfreiheit?
- Ergeben sich daraus Konsequenzen für staatsbürgerliches Verhalten?

Nachfolgend werden einige Forschungsergebnisse (darunter auch weiter zu diskutierende Thesen) vorgestellt.

I.

Das Eichsfeld ist ein Teil der DDR und der sozialistischen Gesellschaft. Seine Besonderheiten als „katholisches Eichsfeld“ sind dieser grundlegenden gesellschaftlichen Bestimmung untergeordnet. Im Vergleich zu anderen Gebieten der DDR hat das Eichsfeld unter sozialistischen Bedingungen eine besondere und tiefgreifende ökonomische, soziale und kulturelle

Entwicklung durchgemacht: vom „Armenhaus Preußens“ zu einem Gebiet, das in allen wichtigen Kennziffern keinen Unterschied mehr zur DDR aufweist.

Diese Entwicklung vollzog sich:

– unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei und des Staates auf der Grundlage der einheitlichen sozialistischen Gesellschaftsstrategie;

(besonders 1957-1959 wurden vielfältige Analysen für das Gebiet angefertigt und Beschlüsse gefaßt, die schließlich insgesamt unter den „Plan zur Entwicklung des Eichsfeldes“ zusammengefaßt wurden und den Zeitraum 1958-1965 umfaßten; [41]

– als Ergebnis der konsequenten Verwirklichung marxistisch-leninistischer Bündnispolitik;

(der Leninsche Grundsatz „Die Einheit dieses wirklich revolutionären Kampfes der unterdrückten Klasse für ein Paradies auf Erden ist uns wichtiger als die Einheit der Meinungen der Proletarier über das Paradies im Himmel“ wird schöpferisch umgesetzt);<sup>1</sup>

– im Resultat des Engagements und der Initiative der Eichsfelder Bürger.

Jede Politik führt nur dann zu praktischen Erfolgen, wenn sie von den Massen angenommen und im Handeln umgesetzt wird. Sowohl die Marxisten als auch die Katholiken erkennen die insgesamt schnelle und positive Entwicklung ihrer Heimat an und leiten daraus Vertrauen in die Politik der SED und des sozialistischen Staates ab. Diese sozialen Erfahrungen und das auf Weltverantwortung bezogene Verständnis des katholischen Glaubens führen dazu, daß die katholischen Christen unter Führung der marxistischen Partei und als Bürger eines sozialistischen Staats verantwortlich und oftmals in leitenden Funktionen alle gesellschaftlichen Bereiche mitgestalten. Gerhard Müller, 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED Erfurt, hat auf der Tagung des ZK der SED im Mai 1984 eingeschätzt: „Zugleich wächst die Zahl der Bürger im Eichsfeld, die im beruflichen und gesellschaftlichen Leben hervorragende Leistungen für die weitere Stärkung der DDR vollbringen.“<sup>2</sup>

Fleiß, Leistungswille, Schöpferium, Ordnungsliebe, eine positive Einstellung zu den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, Eigeninitiative und die Verantwortung für den Nutzen und die Wirksamkeit der eigenen Arbeit spiegeln sich nicht nur in ökonomischen Kennziffern, sondern auch im äußeren Erscheinungsbild des Eichsfeldes wider. Neben dem beruflichen Engagement sind viele Katholiken auch über elementare staatsbürgerliche Pflichten (z. B. Wahlteilnahme) hinausgehend gesellschaftspolitisch (CDU und andere Blockparteien, Arbeitsgruppen Christliche Kreise der Nationalen Front, DFD, Volk-[42]solidarität usw.) und auf kulturellem Gebiet (Volkskunstkollektive, Chöre) aktiv.

Die Katholiken wissen sich bei diesem Engagement sowohl in Übereinstimmung mit den Erwartungen, die unsere Gesellschaft an sie als Staatsbürger stellt als auch mit den Konsequenzen ihres Glaubens, den Orientierungen des Vatikans (besonders den Dokumenten des Zweiten Vatikanischen Konzils und den Enzykliken „Pacem in terris“, „Populorum progressio“, „Laborem exercens“, „Sollicitudo rei socialis“) und der katholischen Kirchenleitung in der DDR. Die katholischen Laien realisieren bereits langjährig, die gegenwärtig erreichte gesellschaftliche Standortbestimmung der katholischen Kirchenleitung in der DDR und sich daraus ergebende Verhaltensnormen für Christen. Dazu zählen allgemeine Orientierungen der katholischen Bischöfe wie:

– „Dieses Land ist nicht mein Los, sondern es ist meine Heimat.“ Bischof Wanke, 1981

<sup>1</sup> Sozialismus und Religion, Lenin, W. I. – In: LW, Bd. 10, Berlin, 1958. S. 70-75; hier S. 74.

<sup>2</sup> Neues Deutschland (1984-05-25). – S. 10.

– „Auf diesen Boden hat uns Gott gestellt. Hier haben wir uns zu bewähren ... Darum ist dieses Land für uns keine fremde oder gar feindliche Erde.“ Kardinal Meisner, 1984

– „Wir können und müssen uns den brennenden Problemen unserer Zeit stellen. Wir können und müssen mitsprechen und mitarbeiten dort, wo um Lösungen dieser Probleme gerungen wird ...“ Alt-Bischof Schaffran, 1987

Dazu zählen ebenso Anregungen zum Engagement in einzelnen Bereichen: So sollen sich Christen mit ihren menschlichen und christlichen Qualitäten neben dem Betrieb, der LPG und der Schule auch in die Hausgemeinschaft einbringen (Bischof Wanke, 1984) oder als Elternvertreter für Schulklassen und Kindergartengruppen engagieren (Pastoralschreiben, 1986).

In mancher Hinsicht gehen Katholiken über die Position ihrer unmittelbaren Kirchenleitung hinaus und folgen dabei vatikanischen Standpunkten; so beispielsweise bei organisiertem parteipolitischen Engagement.<sup>3</sup> Die Ursachen dafür dürften pri-[43]mär in der Wirkung eigener unmittelbarer sozialer Erfahrungen der katholischen Laien liegen.

## II.

Das Eichsfeld war und ist katholisches Konzentrationsgebiet. Es gibt keine Anzeichen dafür, daß sich dieser Umstand in den nächsten Jahrzehnten in erheblichem Maße ändern würde. Während der Anteil katholischer Christen an der Bevölkerung der DDR insgesamt im Zeitraum von 1946-1987 von über 12% auf unter 5 % gesunken ist, läßt sich in den Eichsfeldkreisen Heiligenstadt und Worbis ein Rückgang kaum nachweisen.<sup>4</sup> Diese relative Stabilität des katholischen Bevölkerungsanteils ist neben den für die sozialistische Gesellschaft insgesamt diskutierten Bedingungen der Reproduktion der Religiosität (soziale Wurzeln, psychologische und gnoseologische Wurzeln, religiöse Familienerziehung, Einflüsse der Kirche usw.) unter dem Gesichtspunkt von Besonderheiten des sozialen Mikroklimas des Eichsfeldes (traditionell katholisches Gebiet, ländlicher Charakter, traditionelle Verbundenheit kirchlicher Glaube und Lebensalltag, stark ausgeprägte familiäre und nachbarschaftliche Bindungen usw.) und unter Berücksichtigung der Spezifik des katholischen Glaubensverständnisses (intensive Kirchlichkeit, relativ ausgeprägte Orientierung auf die kirchliche Gemeinschaft, Wahl möglichst katholischer Ehepartner usw.) zu werten.

Die meisten Familien halten nach wie vor katholische Traditionen ein (Taufe, Firmung, Hochzeit, Namenstag, kirchliche Bestattung). In der Mehrzahl nehmen die Eichsfelder aktiv am kirchlichen Leben (Gottesdienstbesuche, Gemeindegarbeit einschließlich geistig-kulturelle Betätigung, Prozessionen, Wallfahrten) teil. Sie nutzen damit in breitem Umfang die ihnen gesetzlich garantierte Möglichkeit, „sich zu einem religiösen Glauben zu bekennen und religiöse Handlungen auszuüben.“ (Verfassung der DDR Art, 39 (1))

[44] Wenn von einem Säkularisierungsprozeß gesprochen werden kann, dann nur in einem weiteren Sinne, d. h. daß die Glaubentiefe und das individuell realisierte Maß an Glaubensstrenge geringer geworden ist. Anzeichen finden sich hierfür unter der katholischen Jugend sowie im Verhalten der Katholiken, die sich in großer Zahl entgegen der Orientierung der katholischen Bischöfe der DDR in Parteien und Massenorganisationen organisiert haben oder sich für die Teilnahme an den Jugendweihe entscheiden.

---

<sup>3</sup> Im Eichsfeld sind in allen Parteien (abgesehen von der SED) die Mitglieder überwiegend praktizierende Katholiken. Allein in der CDU sind in beiden Kreisen annähernd 4.000 größtenteils katholische Christen organisiert.

<sup>4</sup> Der Anteil der Katholiken an der Wohnbevölkerung voränderte sich im Zeitraum 1946-1987 lediglich von 78% auf 77%.



Im öffentlichen Leben, d. h. in den Betrieben, in der Schule, in der FDJ, im öffentlichen Kulturleben macht sich das Glaubensbekenntnis kaum direkt bemerkbar. Glaube und Kirche existieren weitgehend und bewußt getrennt von diesen Bereichen. Die Geistlichkeit unterstreicht diese relative Autonomie ihrerseits dadurch, daß sie öffentliches Auftreten und öffentliche politische Gespräche vermeidet. Teilnahme am kirchlichen und gesellschaftlichen Leben bilden auch für den katholischen Bürger zwei relativ selbständige – aber für den einzelnen in seinem Alltag durchaus zu vereinbarende – Bereiche. Für die Gläubigen gibt es daher keinen Widerspruch zwischen „Staatstreue“ und „Kirchentreu“, die beide von den meisten angestrebt werden.

Wenn von relativer Autonomie der Kirche und des Glaubens gegenüber dem öffentlichen gesellschaftlichen Leben gesprochen wird, so sind Wirkungen, die sich über die religiös geprägte Weltanschauung des einzelnen Individuums vollziehen und sein gesellschaftliches Verhalten mitbestimmen, keineswegs ausgeschlossen. Der katholische Glaube äußert sich indirekt (selten offen ausgesprochen und nicht immer voll bewußt) im disziplinierten staatsbürgerlichen Verhalten, in der Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Bürgerpflichten (Beteiligung an Wahlen, Einhaltung von Ordnungen, Erfüllung der Wehrpflicht usw.), in der Erfüllung der Pflichten in der beruflichen Tätigkeit entsprechend der religiös motivierten Arbeitsethik, [45]

– in der – von der katholischen Morallehre beeinflussten – niedrigen Kriminalitäts- und Scheidungsrate, die beide wesentlich unter dem DDR-Durchschnitt liegen.

Stabilität und Reproduktion religiösen Glaubens, intensives kirchliches Leben und eine überzeugende und erfolgreiche gesellschaftliche Entwicklung sind im Eichsfeld keine gegenläufig verlaufenden Prozesse. Die katholischen Christen nehmen nicht nur bewußt die ihnen unter sozialistischen Bedingungen gegebenen Möglichkeiten der Praktizierung kirchlichen Lebens wahr, sondern sie realisieren religiösen Glauben auf der Grundlage eben dieser sozialistischen Bedingungen als aktivierendes Moment bei der Übernahme von Verantwortung für gesellschaftlichen Fortschritt.

### III.

Die Zusammenarbeit von Marxisten und Christen ist im Eichsfeld Normalität. In vielen Fällen (im Arbeitskollektiv, in der Schule, in der Freizeit) leben und arbeiten Marxisten und Christen gewohnheitsmäßig und selbstverständlich zusammen, ohne sich dabei überhaupt als Repräsentanten unterschiedlicher Weltanschauungen wahrzunehmen. Auch dies gehört zu den Ergebnissen langjähriger gemeinsamer sozialer Erfahrungen. Sowohl Marxisten als auch Katholiken vertreten die Position, daß das soziale Wohlbefinden der Bürger und die gesellschaftliche Entwicklung im Territorium nicht vordergründig von der Weltanschauung des einzelnen abhängen. Gegenseitige Toleranz schließt daher als Maßstab sozialer Bewertung gewissenhafte Arbeit, sachliches und überzeugendes Auftreten und Einsatzbereitschaft bei der Lösung gemeinsamer Aufgaben ein.

Die Formen, in denen bewußt die politische Zusammenarbeit von Partnern unterschiedlicher Weltanschauung realisiert wird, sind: [46]

– die Koordinierung der Arbeit den Blockparteien (insbesondere die heute weitgehend erreichte vertrauensvolle Zusammenarbeit von SED und CDU: regelmäßige Sachgespräche, gemeinsames öffentliches Auftreten, unmittelbare Zusammenarbeit von Mitgliedern beider Parteien in staatlichen Leitungsfunktionen usw.),

– das Zusammenwirken aller weltanschaulichen und politischen Kräfte des Territoriums bei den Aktivitäten den Nationalen Front (vorrangig über die Arbeitsgruppen Christliche Kreise,

aber auch in Koordinierung mit dem DFD, dem Kulturbund und weiteren Ausschüssen den NP).

Große Bedeutung haben die regelmäßigen Kontakte und Gespräche zwischen staatlichen Organen und Geistlichen. Sie tragen neben dem Gedankenaustausch zu politischen Entwicklungen, der Beratung von Sachfragen (Arbeitsfähigkeit kirchlicher Einrichtungen, Werterhaltungsmaßnahmen oder Neubau von kirchlichen Bauten) auch dazu bei, das Verhältnis von Marxisten und Christen frei von Konfrontationen zu halten, indem über auftretende Probleme rechtzeitig und sachlich gesprochen wird.

„Marxisten in der Diaspora“ – das bedeutet, daß an das Verhalten des einzelnen – nicht nur im Beruf, sondern auch in der Freizeit und im nachbarschaftlichen Verhältnis besonders hohe Ansprüche gestellt werden. Nicht zuletzt hängt es vom konkreten Verhalten und Auftreten der Marxisten ab, in welchem Maße und mit welchem Erfolg es gelingt, die katholischen Christen für die gemeinsame Gestaltung des sozialistischen Alltags zu mobilisieren. Als Marxisten sollten wir deshalb über folgende Punkte noch tiefgründiger nachdenken:

– Das Wissen über Religion und Kirche, über Atheismus ist oft zu gering. Eine Grundkenntnis des katholischen Glaubens und der Konsequenzen, die sich aus dem Glauben und aus kirchlichen Dokumenten für gesellschaftliches Verhalten der Gläubigen ergeben können, erleichtert die gerechte Beurteilung [47] von Entscheidungen der Christen. Sie unterstützt ebenso ein geistiges und soziales Klima, in dem reale Möglichkeiten und Organisationsformen für die Zusammenarbeit von Marxisten und Christen gemeinsam bestimmt werden können. Unser Anliegen kann es nicht nur sein, die Forderung nach Mitarbeit der Christen zu stellen und von ihnen eine positive Entscheidung zu erwarten. Sondern es geht ebenso darum, hierfür auch entsprechende gesellschaftliche Bedingungen (besonders Organisationsformen und das entsprechende geistige Klima) mit zu schaffen, die den Christen auch die Wahrung ihrer christlichen Identität garantieren. Realistisch denken bedeutet im Zusammenhang auch, Beweggründe zu kennen und zu akzeptieren, wenn beispielsweise die katholischen Geistlichen in der DDR aufgrund kirchlicher Weisungen nicht bereit sind, öffentlich politisch aktiv zu werden.

– Katholiken sind ebenso wie Marxisten an Offenheit, Ehrlichkeit und klaren Entscheidungen interessiert. Das betrifft auch die Frage der Mitgliedschaft von Christen in den Reihen der SED (sie ist in Eichsfeld noch nicht bei allen geklärt). Christen achten Mitglieder der SED, wenn sie konsequent und überzeugend ihren marxistischen Standpunkt vertreten und danach handeln.

– In der politisch-ideologischen Arbeit der SED, der Gewerkschaft, der FDJ usw. muß das Bewußtsein von der notwendigen vertrauensvollen Zusammenarbeit von Kommunisten und Gläubigen bewußt erhöht werden.

– Bereits bestehende Strukturen für die Zusammenarbeit (Demokratischer Block, Nationale Front) sollten auch als solche verstanden und genutzt werden.

– Als Marxist kann und sollte man offen die Leistungen und Verdienste der Kirche und der christlichen Bürger anerkennen-[48]nen. Das betrifft besonders die Bereiche des Gesundheits- und Sozialwesens, Leistungen im Berufsleben und auf kulturellem Gebiet.

– Eine realistische Problemsicht und das Bemühen, bestehende Unsicherheiten zu erkennen, zu formulieren, zunächst unter Marxisten, aber dann auch offensiv gemeinsam mit Christen zu diskutieren, kann wesentlich zur Stabilisierung des Vertrauensverhältnisses beitragen. Im Eichsfeld gehören zu solchen Problemen gegenwärtig besonders spezifisch theoretische Probleme von praktisch-politischen Bedeutung, die in den Vergangenheit kaum sachkundig und

offen diskutiert wurden: Wie kann ein Katholik überzeugter Sozialist sein?; Weshalb ist der sozialistische Staat kein atheistischer Staat?; Welchen Charakter trägt die Jugendweihe?; Welche Position können Christen zum Marxismus-Leninismus einnehmen?; Ist marxistisch-leninistische Bildung in der Gesellschaft und Schule gleichbedeutend mit einem Bekenntnis zum Atheismus? u. ä. m.

Probleme erwachsen auch aus einem weit verbreiteten Unkenntnis darüber, daß und welche katholischen Christen in leitenden Positionen in den verschiedensten Tätigkeitsbereichen erfolgreich engagiert sind.

Schließlich gibt es auch Defizite im Verständnis von Aufgabenbereichen gesellschaftlicher Organisationen, wie z. B. der FDJ, die als einheitlicher sozialistischer Jugendverband Interessenvertreter aller jungen Bürger der DDR und somit eingeschlossen natürlich auch der jungen Katholiken ist.

Faßt man die „Eichsfelderfahrungen“ zusammen, wird deutlich:

1. Katholische Christen gestalten, bei relativer Stabilität religiösen Glaubens, engagiert die sozialistische Gesellschaft mit, wenn es dafür entsprechende gesellschaftliche Bedingungen gibt. [49]
2. Bei der Lösung der gemeinsamen Aufgaben bildet sich eine selbstverständliche Zusammenarbeit von Marxisten und Christen heraus.
3. Im Ergebnis konsequenter Bündnispolitik, auf der Basis positiven sozialer Erfahrungen und deutlicher gesellschaftlicher Erfolge entwickeln auch Christen Vertrauen in sozialistische Politik und erkennen die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei bei der Gestaltung des Sozialismus an.
4. Die Anerkennung und Garantierung der Religionsfreiheit und das Ermöglichen eines aktiven kirchlichen Lebens behindern diese positive Entwicklung nicht, sondern wirken im Gegenteil vertrauensfördernd.
5. Die Entwicklung im Eichsfeld ist eindrucksvolles Beispiel dafür, daß religiöse Motivation in Form fortschrittlicher gesellschaftlicher Verantwortung Ausdruck finden kann.
6. Politik ist die Kunst des Möglichen (M. Gorbatschow). Für die Zusammenarbeit von Marxisten und Christen bedeutet das, realistische und erfüllbare Zielstellungen zu formulieren, die sowohl Geistliche als auch Laien nicht in Widerspruch zu ihrem religiösen Glauben oder in Konflikte mit Orientierungen ihrer Kirche bringen. [50]

## **Christen als Leiter in Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur** **Wolfgang Kaul (Rostock)**

Den Vorsitzende des Staatsrates der DDR Erich Honecker betonte in seinem Gespräch, das er am 6. März 1978 mit dem Vorstand der Konferenz evangelischer Kirchenleitungen führte, „daß unsere sozialistische Gesellschaft jedem Bürger, unabhängig von Alter und Geschlecht, Weltanschauung und religiösem Bekenntnis Sicherheit und Geborgenheit bietet. Sie gibt ihm klare Perspektiven und die Möglichkeit, an der Zukunft mitzubauen, seine Fähigkeiten und Talente, seine Persönlichkeit voll zu entfalten.“ „Gleichberechtigung und Gleichachtung aller Bürger, ihre uneingeschränkte Einbeziehung in die Gestaltung den entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ stellen „eine Norm dar, welche die zwischenmenschlichen Beziehungen prägt und für alle verbindlich ist. Dementsprechend stehe in der DDR jedem Bürger, gerade auch jedem Jugendlichen der Weg zu hoher Bildung, beruflicher Ausbildung und Entwicklung offen.“<sup>1</sup>

Diese Grundsätze entsprechen der sozialistischen Staatspolitik gegenüber Gläubigen und Kirchen, sie sind staatsrechtlich im Artikel 20<sup>2</sup> festgeschrieben. Sie wurden auch in der Folgezeit mit Hinweis auf den Amtseid des Staatsratsvorsitzenden, wiederholt bekräftigt, sowohl in zahlreichen Gesprächen mit Repräsentanten der Kirchen in der DDR als auch in Interviews mit der ausländischen Presse. Ihnen wurde auch auf dem X. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland zugestimmt.<sup>3</sup>

Im Gegensatz dazu bemängeln seit Jahren und bis in die Gegenwart hinein evangelische Kirchen in der DDR, daß durch Entscheidungen in der Kader- und Bildungspolitik Christen benachteiligt würden. Bischof i. R. Dr. Krusche, kompetenter Repräsentant des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR, hat diese Vorhaltungen in seiner Untersuchung „6. März 1978 - 1988 EIN LERNWEG“<sup>4</sup> sowie in einem etwa zeitgleich in der BRD veröffentlichten Interview<sup>5</sup> erneut aufgegriffen. Er [51] betonte, „daß – je verantwortlicher eine Stelle ist – es schwieriger wird für Leute, die bewußte aktive Christen sind. Bestimmte Berufszweige sind für Christen so gut wie ausgeschlossen, etwa bei der Armee oder in der Justiz. Im allgemeinen herrscht der Gedanke, der zuverlässigste Mensch sei doch der SED-Mensch. Wir haben ... erklärt, daß das Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus nicht das einzige Kriterium für die Einsatzfähigkeit eines Bürgers sein darf. Es gibt etwa durchaus christliche Chefärzte, aber keine Generaldirektoren oder Schulräte. Auf der mittleren Ebene hat er gleichberechtigte Chancen.“<sup>6</sup> Die kirchlicherseits oftmals kritisierte Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen aus christlichen Familien relativierte er mit dem Bemerkung, daß man aber „nicht grundsätzlich sagen“ kann, „daß Christenkinder in ihrer Ausbildung benachteiligt sind. Vielleicht gilt das für bestimmte Berufe, erzieherische Berufe zum Beispiel.“<sup>7</sup> Im Gegensatz zu den evangelischen Kirchen, die sich seit eh und je gegen jede aus ihrer Sicht erkennbare berufliche Benachteiligung von Christen wandten und wenden, schlägt die katholische Kirche ihren Gliedern vor, sich in diesen Fällen zurückzuhalten, Die Pastoralynode der katholischen Kirche in der DDR empfahl in ihrem Beschluß „Der Christ in der Arbeitswelt“ vom 9. September 1975 u. a.: „Christen, die wegen ihrer Glaubensentscheidung im beruflichen Fort-

---

<sup>1</sup> Konstruktive und offene Aussprache, in: Neues Deutschland (Berlin), 7. März 1978, S. 1.

<sup>2</sup> Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, o. O., o. J., Artikel 20.

<sup>3</sup> Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den X. Parteitag der SED. – Berichterstatte; Genosse Erich Honecker, Berlin 1981, S. 124/125.

<sup>4</sup> Bischof i. R. Dr. Dr. Werner Krusche, 6. März. 1978-1988 EIN LERNWEG, in: Kirche im Sozialismus (KIS) Berlin-West epd-Dokumentation 12/1988, S. 12 ff.

<sup>5</sup> Bischof Werner Krusche zur Situation der evangelischen Kirche in der DDR. „Ein Weg zwischen Opportunismus und Opposition“, in: Süddeutsche Zeitung (München), 5./6. März 1988, Nr. 54, S. 10.

<sup>6</sup> Ebenda.

<sup>7</sup> Ebenda.

kommen behindert sind, sollen dies nicht nur als Verlust ansehen. Sie sollen bedenken, daß ihr Wirken als Christen nicht allein von der Position abhängt.“<sup>8</sup> In ihrem Hirtenwort zur Vorbereitung auf den katholischen Jugendkongreß 1985 rieten die katholischen Bischöfe: „Wie zu allen Zeiten ist es des Ziel junger Menschen, etwas im Leben zu leisten, Verantwortung zu tragen und dadurch glücklich zu werden. Danach zu streben ist gut, und es ist das Recht eines jeden Menschen. Wer sich für Christus entscheidet, darf aber nicht vorankommen wollen um jeden Preis. Es ist möglich, daß er bestimmte Berufe und Positionen einfach nicht erreichen kann. Wenn Christus unsere Zukunft sein soll, müssen wir in so einem Fall auf ein Stück irdischer [52] Zukunft verzichten und den Mut haben, anders zu sein als unsere Umgebung.“<sup>9</sup>

In ihrem Pastoral Schreiben vom 8. September 1986 über die „Katholische Kirche im sozialistischen Staat“ rechnen die katholischen Bischöfe in der DDR „die weiterführende Schul- bzw. Hochschulbildung“ sowie den „Zugang zu bzw. die Tätigkeit in höheren Leitungsfunktionen der Wirtschaft und Verwaltung“ zu den „konfliktgeladenen Bereichen“. Es wird beklagt, „daß Christen immer wieder Zurücksetzungen in der Ausbildung und im Berufsleben und Benachteiligung verschiedenster Art erfahren und hinnehmen müssen ...“ Der Staat dürfe eine starke Gruppe der Bevölkerung nicht wegen ihres Glaubens „von qualifizierter Verantwortung“ abhalten. Andererseits verbietet die katholische Kirche allen Amtsträgern entschieden, sich in „gesellschaftspolitische Arbeit“ hineinziehen zu lassen und warnt zugleich die „einfachen“ Katholiken vor der „Mitgliedschaft in irgendwelchen Gruppierungen, Parteien oder Organisationen“.<sup>10</sup>

Dem steht die gesellschaftliche Praxis entgegen. Die Monatsschrift „begegnung“ berichtet seit vielen Jahren, wie in Gemeinden, Städten und Kreisen viele Katholiken aktiv und an leitenden Stellen das gesellschaftliche Leben mitgestalten. Auf dem Eichsfeld, also in den Kreisen Heiligenstadt und Worbis, sind fast 4.000 Christen, es handelt sich überwiegend um Katholiken, Mitglied der CDU und mehr als 1.000, ebenfalls überwiegend Katholiken, gehören den übrigen Blockparteien an. Die recht undifferenzierte und allgemein gehaltene Kritik seitens der katholischen Kirche wird aber auch durch Feststellungen der evangelischen Kirchen aufgehoben. Altbischof Dr. Krusche beispielsweise spricht von der Gleichberechtigung von Christen sowohl auf der mittleren beruflichen Ebene als auch der gleichberechtigten Ausbildung von Kindern christlicher Familien. Auch wenn er primär evangelische Christen sieht, sind diesen Mechanismen wohl prinzipiell alle Bürger christlichen Glaubens unterworfen, also auch die Katholiken. Es bleiben die Vorhaltungen, daß [53]

- Christen der Zugang zu bestimmten Berufen, genannt werden Laufbahnen in der Justiz und in der Armee, verschlossen seien,
- Christen der Aufstieg in leitende Positionen, verwiesen wird auf Schulräte oder Generaldirektoren, nicht möglich sei,
- Kinder aus christlichen Familien in erzieherischen Berufen benachteiligt seien,
- das Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus wichtigste Voraussetzung für ungehinderte berufliche Entwicklung sei.

Der Vorsitzende des Staatsrates hatte am 6. März 1978 nicht nur Grundsätze sozialistischer Politik genannt, er bezog sich auch auf ihre Ergebnisse. Noch deutlicher zeigen das jene Ausführungen, die er zehn Jahre später in seinem Gespräch am 3. März 1988 mit dem Vorsitzen-

---

<sup>8</sup> Der Christ in der Arbeitswelt. Beschluß der Pastoral synode, am 9. September 1975 in Kraft gesetzt, in: Konzil und Diaspora, Leipzig 1975, S. 222-229.

<sup>9</sup> Hirtenwort zur Vorbereitung auf den katholischen Jugendkongreß 1985, verlesen am 4. Dezember 1984. Archiv.

<sup>10</sup> Archiv.

den der Konferenz evangelischer Kirchenleitungen in der DDR Landesbischof Dr. Werner Leich machte. Er stellte fest, „daß die insgesamt günstige Entwicklung der Staat-Kirche-Beziehungen die Bereitschaft christlicher Bürger spürbar gefördert habe, an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft verantwortlich, rege und vielfältig mitzuwirken. Durch die täglichen Leistungen im Beruf, in der gesellschaftlichen Mitarbeit tragen Millionen christlicher Bürger zur wachsenden Attraktivität des Sozialismus in der DDR bei. Sie erfahren in der alltäglichen guten Gemeinsamkeit mit Nichtchristen den realen Sozialismus als Verfassungswirklichkeit, als ihr eigenes Werk, als von ihnen mitgestaltetes und mitbewohntes Haus. Als gleichberechtigte und gleichgeachtete Bürger erarbeiten und genießen sie die Vorzüge unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik.“<sup>11</sup> Diese Bilanz läßt sich exemplarisch überzeugend an der Haltung jener Christen unterschiedlicher konfessioneller Bindungen nachweisen, die weltanschauliche Gegensätze nicht zu politischen Gegensätzen umfunktionieren, die sich deshalb für politisches Engagement für den Sozialismus entschieden haben und sich daher der CDU anschlossen. Denn: „Die Christlich Demokratische Union Deutschlands bietet christlichen Bürgern un-[54]serer Republik die Möglichkeit, in organisierter und wirksamer Weise an der Gestaltung und Verwirklichung unserer Staatspolitik, an der Arbeit für das Wohlergehen der Bürger, für einen dauerhaften Frieden teilzunehmen. Als politische Partei ist die CDU bemüht darum, das sachliche, verfassungsgerechte und konstruktive Verhältnis der Kirchen und Glaubensgemeinschaften zu unserem Staat zu festigen. Dabei respektiert sie deren Eigenständigkeit in Zeugnis und Dienst. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften wiederum verstehen sich nach ihren eigenen Aussagen nicht als politische Organisation, wissen jedoch, daß sie und ihre Glieder auch Weltverantwortung haben. ... Die CDU ist keine ‚Kirchenpartei‘ und übernimmt keine Aufgaben, die den Kirchen zukommen, so wie auch die Kirchen und Religionsgemeinschaften von ihrem Wesen und ihrem erklärten Selbstverständnis her nicht die Aufgaben einer politischen Partei übernehmen.“<sup>12</sup> Allein die Zusammensetzung der Delegierten zum 15. (1982) und zum 16. Parteitag (1987) zeigt, daß politisch engagierte Christen in dieser sozialistischen DDR alle beruflichen Chancen haben. So waren von den Delegierten des 16. Parteitages allein 8 mit einem Nationalpreis, 3 als Helden der Arbeit, 9 mit dem Stern der Völkerfreundschaft und 222 mit dem Vaterländischen Verdienstorden ausgezeichnet.<sup>13</sup> Damit sind zunächst in bestimmter Weise große Verdienste christlicher Bürger, noch nicht aber ihre berufliche Entwicklung detailliert beschrieben.

Zu den Delegierten gehörten u. a. neben dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Gerald Götting auch das Mitglied des Staatsrates Dr. Friedrich Kind, aber auch der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Post- und Fernmeldewesen Rudolph Schulze sowie die Stellvertreter des Ministers für Verkehrswesen Dr. Harald Naumann und des Ministers für Gesundheitswesen OMR Dr. sc. med. Horst Schönfelder. Bekannt ist, daß der langjährige Präsident des Obersten Gerichts der DDR Dr. Dr. Heinrich Toeplitz sowie weitere frühere Minister wie Max Sefrin bzw. Stellvertreter von Ministern wie Dr. Harald Naumann u. a. m. zu den namhaften [55] politisch engagierten Christen unseres Landes gehören, die in ihrer beruflichen Laufbahn Spitzenpositionen erreichten. Das gilt auch für jene Christen, die beispielsweise zu Stellvertretern von Vorsitzenden der Räte der Bezirke Cottbus, Gera, Rostock u. a. m. oder der Räte der Kreise Gardelegen, Geithain, Neuhaus, Rathenow, Schmalkalden oder, wie Prof. Dr. Baumgärtel, zum Oberbürgermeister der Stadt Weimar gewählt wurden. Wenn es sich hierbei auch um politische Mandate handelt, so ist die

---

<sup>11</sup> Erich Honecker empfing Landesbischof Dr. Werner Leich, in: Neues Deutschland (Berlin), 4. März 1988, S. 2.

<sup>12</sup> Bulletin 16. Parteitag CDU Dresden 1987. Referat des Vorsitzenden Gerald Götting: In christlicher Verantwortung und demokratischer Verpflichtung – für die Sicherung des Friedens und die Stärkung des Sozialismus, Dresden lt. 16. Oktober 1987, herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, S. 56/57.

<sup>13</sup> Nach den Unterlagen: Bulletin 16. Parteitag CDU, I-IV.

Übernahme dieser Funktionen durch christliche Bürger zugleich Ausdruck für deren bedeutende berufliche Entwicklung. Entgegen der Vorhaltung Altbischofs Dr. Krusche haben Christen also durchaus die Möglichkeit, im sozialistischen Staat höchste Positionen einzunehmen. Das gilt sowohl für den Bereich der Justiz wie auch für den Staatsapparat insgesamt.

Daß sie auch in der Nationalen Volksarmee geachtete Kampfgenossen sind, wurde nicht nur daran deutlich, daß 1982 eine Ehrenformation der NVA oder 1987 der Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung und Chef der Politischen Hauptverwaltung der NVA Generaloberst Horst Brüner an den Parteitag teilnahmen. Auf jedem dieser politischen Foren christlicher Demokraten traten auch Delegierte in den Uniformen der NVA auf, darunter auch Offiziere. In seiner am 15. Oktober 1987 gehaltenen Begrüßungsansprache hat Generaloberst Brüner einige von ihnen namentlich besondere hervorgehoben.<sup>14</sup>

Unter den Delegierten beider Parteitage treten auch namhafte Pädagogen aus den verschiedenen Wirkungsbereichen auf. Sie knüpfen an das traditionell engagierte Wirken christlicher Lehrer an. Erinnert sei beispielsweise an jene 5.779 christlichen Lehrer, die am 26. April 1958 in einer öffentlichen Erklärung ihre Zustimmung zur Politik der Regierung der DDR gaben. Der Schuldirektor Oberstudienrat Willibald Rautschek aus Pirna berichtete vor dem 16. Parteitag von seinem Stolz auf drei seiner ehemaligen Schüler, mit denen er immer wieder zusammentreffe, weil sie als seine „ehemaligen Schüler [56] heute Sekretär der SED-Kreisleitung, Kreisvorsitzender der LDPD und als Funktionär der NDPD Vorsitzender des Kreisausschusses der Nationalen Front sind.“<sup>15</sup>

Auf dem 15. und dem 16. Parteitag der CDU sprach auch Dr. Ing. Wolfgang König aus Erfurt. Er ist Technischer Direktor im VEB Bau- und Montagekombinat Erfurt und er wurde 1982 ausdrücklich als Mitglied der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, als Synodaler des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR sowie als Vizepräsident der Synode der Evangelischen Kirche der Union, Bereich DDR, als Inhaber von drei hohen kirchlichen Ehrenämtern vorgestellt.<sup>16</sup> Von den zahlreichen Vertretern der Wirtschaft unseres Landes in hohen Leitungsfunktionen volkseigener Kombinate und Betriebe sei auch auf den Direktor des VEB Jehmlich Orgelbau Dresden, Nationalpreisträger Horst Jehmlich aufmerksam gemacht. Er repräsentiert jene besondere Gruppe von Wirtschaftsfunktionären, die gegenwärtig wichtige, erst vor Jahren in Volkseigentum überführte Betriebe leiten.<sup>17</sup>

Der Vollständigkeit wegen soll aber auch noch auf andere überzeugende Beispiele für berufliche Chancengleichheit christlicher Bürger aufmerksam gemacht werden, wie sie sich allein aus den beiden letztgenannten Parteitagen der CDU ergeben. Bedeutende Wissenschaftler unseres Landes, sie nehmen in der Regel zugleich Leitungsaufgaben im Hochschulwesen, an der Akademie der Wissenschaften oder in anderen Bereichen wahr, sind Christen mit großer politischer Ausstrahlung. Zu ihnen gehört sowohl der Chefarzt an der Kinderklinik im Städtischen Krankenhaus Berlin-Friedrichshain MB Prof. Dr. Burkhard Schneeweiß, ein international anerkannter Facharzt, wie auch der Direktor des Zoologischen Gartens der Stadt Leipzig Prof. Dr. Siegfried Seifert. Weltberühmt wegen ihrer künstlerischen Potenz sind die Professoren Kammersänger Peter Schreier und der Trompetenvirtuose Ludwig Güttler\*. Von

---

<sup>14</sup> Grußansprache von Generaloberst Horst Brüner, Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung und Chef der Politischen Hauptverwaltung, in: Bulletin ..., Zweiter Beratungstag, S. 36 ff.

<sup>15</sup> Unionsfreund Oberstudienrat Willibald Rautschek, in: Bulletin ..., Erster Beratungstag, S. 22.

<sup>16</sup> Bulletin 15. Parteitag CDU Dresden 1982, Erster Beratungstag, S. 32. Siehe auch Bulletin 16. Parteitag, Erster Beratungstag, S. 30.

<sup>17</sup> Unionsfreund Horst Jehmlich, Bulletin ..., Zweiter Beratungstag, S. 80.

\* Nach 1989/90 erwies sich Güttler als typischer Wendehals. Er gab alle seine DDR-Preise zurück, nicht aber das Geld, das er durch diese Preise erhielt. Er war ein in der DDR Begünstigter, der problemlos in den Westen reisen konnte. Güttler war schon in der DDR ein Opportunist und blieb es auch nach dem Untergang der DDR.

großer politischer und künstlerischer Ausstrahlung schließlich sind auch die Pfarrfrau und Schriftstellerin Anneliese Probst und die mit dem Antifaschisten und Kommunisten jüdischer Herkunft, dem Schriftsteller [57] Rudolf Hirsch verheiratete Schriftstellerin Rosemarie Schuder, Nationalpreisträgerin oder der bekannte Sportjournalist Hubert Knobloch.<sup>18</sup>

Diese hier nur andeutungsweise wiederzugebende Bilanz überzeugender Ergebnisse gleichgeachteten und gleichberechtigten Wirkens und ungehinderter beruflicher Entwicklung christlicher Bürger unseres Landes widerlegt die durch Altbischof Dr. Krusche erneut aufgenommene Vorhaltungen zur Benachteiligung von Christen. Dennoch soll seinen Bemerkungen auch noch in anderer Weise nachgegangen werden.

Auf dem Kirchentag 1988 in Rostock, veranstaltet von der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburg und der Evangelischen Landeskirche Greifswald, machte die Synodale der Mecklenburgischen Landeskirche Studienrätin Agnete Wienecke aus Boizenburg im Podium C „Brücken für den Alltag – Christen als Partner in Beruf und Gesellschaft“ überzeugend deutlich, daß und warum für sie politische Verantwortung aus christlicher Motivation schon immer selbstverständlich war und praktiziert wurde; sie stellte sich nach 1945, geprägt durch ihr der Bekennenden Kirche nahestehendes Elternhaus, sofort der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung zur Verfügung. Als Lehrerin und als Abgeordnete der CDU des Bezirkstages Schwerin wurde sie in vielfältiger Weise, u. a. in der Ständigen Kommission für Volksbildung gefordert, gefördert, geachtet und respektiert.

Über ähnliche Erfahrungen berichteten auch andere Teilnehmer des Kirchentages auf Foren, in Gesprächskreisen etc. Die an sie gerichteten Fragen ihrer christlichen Gesprächspartner ließen aber häufig ein leicht ablehnendes, distanzierendes Erstaunen mitschwingen. Den tieferen Grund dieser Einstellungen umschrieb eine Teilnehmerin der Diskussionsrunde zum Thema „Der Mensch im Spannungsfeld von Macht und Ohnmacht“.

Sie wünschte sich, daß sie als politisch engagierte Christin in ihrer Kirche genau so anerkannt würde, wie sie es in der Gesellschaft erfährt. Auf den gleichen Sachverhalt deutete auch Konsistorialpräsident Manfred Stolpe in seinem auf dem Kir-[58]chentag gehaltenen Vortrag „Kirche in der DDR Christsein in der DDR“ hin, als er aufforderte, sich überall als Christ zu

---

<sup>18</sup> Nach Unterlagen des 15. und 16. Parteitages der CDU, Bulletin I-IV 1982 und Bulletin I-IV 1987.

Nach offiziellen Angaben der CDU hatten Mitglieder der Partei 1987 in folgendem Umfang leitende Funktionen auf allen Ebenen der Gesellschaft inne:

Abgeordnete und Nachfolgekandidaten der Volkskammer der DDR.....	70
Abgeordnete und Nachfolgekandidaten in den Volksvertretungen .....	
der Bezirke.....	473
der Kreise.....	2.164
der Städte und Gemeinden.....	18.011
Berufene Bürger in den Ständigen Kommissionen der örtlichen Volksvertretungen .....	3.361
Mitglieder der Räte der Bezirke und Kreise, des Minister- und Staatsrates der DDR.....	241
Oberbürgermeister, Bürgermeiste, stellvertretende Bürgermeister, Mitglieder von Räten der Städte und Gemeinden.....	3.481
Mitglieder in Leitungsfunktionen und in Ausschüssen sowie Arbeitsgruppen der Nationalen Front der DDR.....	53.710
Gewählte Leitungsmittglieder in Massenorganisationen und Verbänden.....	34.700
Mitglieder von Elternvertretungen der allgemeinbildenden Schulen .....	10.280
Schöffen, Vorsitzende und Mitglieder von Schieds- und Konfliktkommissionen.....	6.275
Direktoren und andere Leitungskader der Wirtschaft, der Landwirtschaft, in Handwerk und Handel, in Hoch- und Fachschulen, im Gesundheits- und Sozialwesen, in der Volksbildung, der Justiz und im kulturellen Bereich .....	5.112

Anmerkung: Einige der in dieser Statistik erfaßten CDU-Mitglieder üben mehrere dieser Funktionen aus, z. B. Abgeordnete der Volkskammer oder einer Kommunalvertretung und zugleich Minister oder Ratsmitglied.



bekennen. Die von vielen geübte Zurückhaltung verweist auf ein vielschichtiges Spannungsfeld, das seit Jahrzehnten mit Modifikationen existiert.

Aus der Sicht der CDU beschreibt es deren Vorsitzender Gerald Götting: „Der Aufbau und Ausbau der neuen Gesellschaft, geleitet von der Partei der Arbeiterklasse, ist das Werk von Millionen Bürgern unterschiedlicher sozialer Herkunft und Nationalität, unterschiedlichen weltanschaulichen oder religiösen Bekenntnisses. In diesem historischen Prozeß ist eine neue Denk- und Verhaltensweise der Menschen entstanden und gereift nicht ohne Widersprüche, aber doch deutlich unterschieden von den Merkmalen, die das Leben und Zusammenleben von Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft bestimmen. Wir selbst ... haben diesen Prozeß an uns erlebt und ihn bei anderen mit der Kraft unserer Partei, mit unseren eigenen Erkenntnissen und Erfahrungen beeinflußt. Oft war dieser Prozeß konfliktreich, weil es galt, sich von überkommenen Vorstellungen zu lösen; aber wer sich dem Neuen öffnete, konnte auch spüren, daß dieses Neue in seinem Wesen weitaus stärker von christlichen Auffassungen vom Sinn und Wert des Lebens verwandt ist als alle vorausgegangenen gesellschaftlichen Systeme.“<sup>19</sup>

In den Kirchen, besonders deutlich nachweisbar in den evangelischen, ist es mit deren sich verändernden Positionen zur gesellschaftlichen Veränderung und Entwicklung in der DDR, mit dem Staat-Kirche-Verhältnis verbunden. Viele Jahre hindurch war kirchlicherseits eine Haltung der „Verweigerung und vorsätzlichen Konfrontation“ bestimmend. Gläubige, die sich um politische Wirksamkeit bemühen, wurden in ihren Kirchgemeinden in vielfältiger Weise bedrückt, Geistliche wurden als „Schwärmer“ verketzert, mitunter auch Lehrzuchtverfahren unterworfen. In den Kirchenleitungen setzten sich allmählich personelle Veränderungen durch, nicht zuletzt unter dem Druck der Gläubigen. Damit verknüpfte sich ein allmählicher Wandel in den politischen Positionen bis hin zu einem von „aktiver [59] Loyalität“, von „kritischer Solidarität“ geprägten Verhältnis und dem Bemühen um die Standortbestimmung als „Kirche im Sozialismus“.<sup>20</sup> Die den Sozialismus ablehnende Grundhaltung ist zwar offiziell, nicht aber praktisch völlig überwunden. Sie beeinflußt auch gegenwärtig noch indirekt und oftmals unbewußt das geistige Klima in manchen Kirchgemeinden oder bei einzelnen Gläubigen. Diese indirekt mitschwingende, offiziell überwundene Stimmung ist vermutlich ein wesentlicher Grund dafür, daß praktizierende politisch aktive Christen ihre Probleme in ihren Kirchgemeinden haben, daß sie es deshalb vermeiden, ihren politischen Einsatz in Verbindung zu ihrem praktizierten Christentum allgemein sichtbar werden zu lassen oder daß sie sich vielleicht sogar politischem Handeln für den Sozialismus verweigern.

Entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung der DDR sind Christen in leitenden Positionen sicher noch unterrepräsentiert. Das ist aber nicht Folge einer gegen sie gerichteten beruflichen und sonstigen Benachteiligung, wie von Altbischof Dr. Krusche unterstellt. Es ist vielmehr dem Umstand geschuldet, daß sich praktizierende Christen nicht in einem ihren Anteil an der Bevölkerung entsprechenden Verhältnis durch besonderen politischen Einsatz für den Sozialismus und in Verbindung mit hohen fachlichen Leistungen für eine Entwicklung zu Leitungskadern mit höchster Verantwortung empfehlen.

---

<sup>19</sup> Bulletin 15. Parteitag CDU 1982 Dresden. Gerald Götting Bericht des Hauptvorstandes an den 15. Parteitag der CDU, Dresden 13.-15. Oktober 1982, Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union, S. 31.

<sup>20</sup> Siehe dazu Manfred Haustein, Auf dem Wege zum 6. März 1978, in: Standpunkt (Berlin) 1978, Heft 7, S. 177. Siehe dazu auch Wolfgang Kaul, I. M. Kurpakowa, Grundlage und Entwicklung der politischen Zusammenarbeit von Marxisten und Christen in der DDR. Rostock-Warnemünde, 1980, 65 Seiten (Wissenschaftlicher Atheismus 2/14).

Seit 1945, seit dem Neubeginn gesellschaftlicher Entwicklung, ist die Zahl der um politische Aktivität bemühten Christen stetig angewachsen. Die vielen christlichen Persönlichkeiten, in der CDU organisiert, der DDR verbunden, knüpfen an das Vorbild jener christlichen „Aktivisten der ersten Stunde“ an, von denen der frühere Stellvertreter des Ministerpräsidenten der DDR Otte Nuschke wohl am meisten nachhaltig in Erinnerung geblieben ist. Einem Truppenteil der Nationalen Volksarmee wurde unlängst sein Name verliehen.<sup>21</sup> Unvergessen muß sicher auch bleiben, daß beispielsweise der evangelische Pfarrer Oswald Hanisch und der katholische Domvikar Robert Lang zu den [60] Mitbegründern der Freien Deutschen Jugend gehörten, in deren Zentralrat auch gegenwärtig aktive Christen politisch wirken. Erinnert werden muß auch an den Mitbegründer des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, an den christlichen Gewerkschafter Bernhard Göring und an viele andere, die ihren Teil zur antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung beitrugen. Zu ihnen gehörte u. a. auch Pfarrer Bruno Theek, er war sofort nach seiner Heimkehr aus dem faschistischen Konzentrationslager der erste Landrat und der erste Bürgermeister in Ludwigslust. Landessuperintendent Sieget hat in Mecklenburg gemeinsam mit dem Kommunisten Bernhard Quandt geholfen, die demokratische Bodenreform zu verwirklichen. Dem späteren Domprediger von Schwerin, dem antifaschistischen Pfarrer Karl Kleinschmidt setzte Willi Bredel in seinem Roman „Ein neues Kapitel“ ein Denkmal.<sup>22</sup>

Die vom Vorsitzenden des Staatsrates mehrfach vorgetragenen und begründeten Grundsätze sozialistischer Politik gegenüber Gläubigen und Kirchen werden also nicht nur dadurch umgesetzt, daß sie politisch begründet und staatsrechtlich fixiert werden. Unter anderem beeinflussen auch die christlichen Bürger selbst mit ihren politischen Haltungen, auch durch ihre Beziehungen untereinander, besonders in den Kirchengemeinden diesen Prozeß. Die Stellung von Christen in der Gesellschaft, ihre persönliche und berufliche Entwicklung ist also einem wechselseitig wirkenden Prozeß unterworfen. Nicht wenige von ihnen haben in Vergangenheit und Gegenwart zwischen dem Gegensatz von marxistisch-leninistischer Weltanschauung und religiösem Bekenntnis einerseits und den politischen Gemeinsamkeiten von Marxisten und Christen andererseits unterschieden. Sie haben die unübersehbaren und nicht aufzuhebenden weltenanschaulichen Gegensätze nicht in politische Gegensätze umfunktioniert. Deshalb konnten und können sie sich ganz bewußt für das gesellschaftliche Vorwärtsschreiten für den Sozialismus einsetzen. Für die Marxisten war diese Entwicklung ein Lernprozeß, er wird weiterzuführen sein. Paul Verner hat ihn bereits 1971 beschrieben. „Wir wissen sehr gut, daß der Weg aus [61] der furchtbaren Hinterlassenschaft des Imperialismus und Faschismus steinig und hart war. Um diesen Weg zu gehen, waren viele prinzipielle und konstruktive Auseinandersetzungen notwendig, mußten Vorurteile überwunden, untauglicher und schädlicher ideologischer Ballast abgeworfen, Mißtrauen abgebaut, neue geistige Positionen gewonnen und Vertrauen in die Kraft des Volkes und in die Richtigkeit und Gerechtigkeit unserer Sache geschaffen werden. Es war ein Prozeß des gleichzeitigen Veränderns der Verhältnisse und der eigenen Veränderung. Besonders die aus dem Bürgertum stammenden Menschen mußten viele neue Einsichten gewinnen, aber auch wir Marxisten lernten in dieser Zusammenarbeit manches hinzu. Im Blick auf den zurückgelegten Weg können wir mit Fug und Recht sagen: Indem wir grundlegend die gesellschaftlichen Verhältnisse änderten, änderten wir uns selbst.“<sup>23</sup> Aus dieser Sicht gilt es, gemeinsam, die sozialistische Staatspolitik gegenüber Gläubigen und ihren Kirchen weiter auszugestalten.

---

<sup>21</sup> Siehe Grußansprache von Generaloberst Horst Brünner, a. a. O.

<sup>22</sup> Willi Bredel: Ein neues Kapitel, Roman, Berlin 1959 (1), 1964 (2), 1964 (3).

<sup>23</sup> Paul Verner, Gemeinsam auf dem Weg des Friedens und des Sozialismus. In: Verner/Götting, Christen und Marxisten in gemeinsamer Verantwortung, Berlin 1971.